

Thomas Ahbe

Der Osten

Geschichte eines Landstrichs

Thomas Ahbe, Dr. phil., ist Sozialwissenschaftler und Publizist in Leipzig.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Thüringer Landeszentrale für politische Bildung
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.politische-bildung-thueringen.de
2026

ISBN: 978-3-910740-82-2

Inhalt

Einleitung	7
-------------------	---

Der Osten als Erbschaft

Der Osten nach 1945 – die SBZ

Weichenstellung SBZ	9
Abwanderung und Integration	9
Entnazifizierung	10
»Antifaschistisch-demokratische Umwälzung« als Deckmantel für die Diktaturdurchsetzung	10
Sozialistisch wirtschaften: Bodenreform und Planwirtschaft	12

Die DDR – eine neue Gesellschaft

Repression und politische Akzeptanz	13
Erfahrungen mit Wahlen	13
Keine Erfahrungen mit der Demokratie	14
Neue Gesellschaft mit neuem Weltbild	17
Dauerthema des Ostens: Aufholversuche und Abwanderung	19
Abwanderung – Revolution – Beitritt	20

Der Osten und die Entstehung der neuen Bundesländer

Schnelle institutionelle und wirtschaftliche Integration

Beitritt der DDR und Konstituierung der neuen Bundesländer	23
Schockartige wirtschaftliche Anpassung und Massenarbeitslosigkeit	24
Dauerthema des Ostens: Aufholversuche und Abwanderung	26

Der Osten als besonderer Wirtschaftsraum	29
---	----

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Osten	33
Der Osten und seine Generationen	
DDR-Jahrgänge	37
Der Osten und seine Jugend heute	
Gleiche Probleme in Ost und West	43
Die Jugend des Ostens und ihre Besonderheiten	45
Demografie des Ostens	
Die Trends von 1871 bis 1945	49
Abwanderung bis 1990	49
Abwanderung nach 1990	50
Geburteneinbruch nach 1990	51
Auswirkungen der Abwanderung auf den Osten	52
Die Demografie des Ostens von 1871 bis 2019	53
Der Osten und der Zusammenprall der Kulturen	55
Der Osten und die Demokratie	
Demokratiezufriedenheit im Osten	59
Wahlverhalten und Parteienbindung im Osten	60
Der Osten und das Geld	
Einkommen	63
Renten	64
Vermögen	65
Wer beherrscht den Osten?	69
Der Osten in den Medien	71

Erste Tendenz:	
Die Fixierung auf das Herrschaftssystem der DDR	72
Zweite Tendenz:	
Die Rede von den defizitären und initiativlosen Ostdeutschen	73
Dritte Tendenz:	
Die Rede von den vormodernen Ostdeutschen	74
Vierte Tendenz:	
Der »braune Osten«	77
Ausblick	80
Der Osten und seine ländlichen Räume	83
Der Osten und die Ostdeutschen 35 Jahre nach der Vereinigung	
Nähe und Ferne zum Westen	87
Wer ist »ostdeutsch«?	90
Bilanzen der Ostdeutschen	92
Identifikationen der Ostdeutschen	93
Einstellungen der Ostdeutschen im Vergleich mit Westdeutschen	
Wachsende Kritik an der Demokratie	97
Rechtspopulismus und Rechtsextremismus	99
»Bürger zweiter Klasse«	101
Der Osten – Zusammenfassung	105
Tipps zum weiterlesen	
Literatur	109
Sachbücher	109
Abbildung	111
Verwendete Literatur	113

Einleitung

Das Buch zeigt einen Landstrich, der zwischen Ostsee, Franken und Böhmen liegt. Es erzählt die Geschichte des Ostens und der Ostdeutschen, die dort in einer vier Generationen umfassenden Erzählgemeinschaft leben. Diese besondere Ost-Erfahrung gibt es anderswo in Deutschland nicht. Sie ist von vielen Umbrüchen durchzogen: Auf den Zweiten Weltkrieg und das Ende der Hitler-Diktatur folgte die sowjetische Besatzung und die gewaltsame Durchsetzung des sozialistischen Modells. Zum Osten gehörte nicht nur die Unterdrückung durch die SED-Diktatur, sondern gleichfalls auch das Leben in einer relativ nivellierten und egalitären Gesellschaft. Für die einen war die DDR ein »Freiluft-Gefängnis« an dessen Grenzen Menschen erschossen und Missliebige inhaftiert oder in ihrem beruflichen Fortkommen behindert wurden. Für die angepasste Mehrheit war sie ein Land, in dem es sich dennoch ganz gut leben ließ und für das prosozialistisch eingestellte Fünftel die Basis ihrer Utopie vom demokratischen Sozialismus. Zur besonderen Ost-Erfahrung gehört auch die permanente Abwanderung und die friedlich gebliebene Revolution von 1989/1990. Nach der Grenzöffnung kam es wieder zu einer Massenabwanderung. Die »Hiergebliebenen« folgten der Erzählung, dass ein »zweites Wirtschaftswunder« und »blühende Landschaften« kommen würden, wenn man nur hart genug arbeite. Als engagierte Arbeitnehmer und Unternehmer taten sie das auch. Für viele von ihnen wandelten sich die großen Hoffnungen jedoch in Enttäuschungen. Das schlägt sich auch politisch nieder. Nur noch zwei von drei Ostdeutschen sind mit der Demokratie, wie sie heute funktioniert, zufrieden.

Das Buch zeigt die besondere Entwicklungsdynamik des Ostens. Es beschreibt, wo und wie die Vergangenheit in die

Gegenwart hineinragt und wo nicht. Es zeigt, wie sich der Osten dem Westen angenähert hat und wo es Tendenzen erneuter Abgrenzung gibt. Der Text beleuchtet die Geschichte des Ostens aus soziologischer, politik- und wirtschaftswissenschaftlicher und aus demografischer Perspektive. Die einzelnen Kapitel können wie in einem Lexikon auch für sich gelesen werden.

Der Osten als Erbschaft

Der Osten nach 1945 – die SBZ

Weichenstellung SBZ

Nach dem alliierten Sieg über den Nationalsozialismus im Jahr 1945 entstand zwischen Thüringen und Elbe sowie Oder und Neiße die Sowjetische Besatzungszone Deutschlands (SBZ). In den vier Jahren SBZ wurde für den Osten all das vorgeprägt, was das politische und wirtschaftliche System unter Walter Ulbricht und Erich Honecker kennzeichnete, was die Mentalität der Mensch formte – und den Start in die Deutsche Einheit nach 1990 beeinflussen sollte. Deswegen soll diese Phase etwas ausführlicher beschrieben werden.

Abwanderung und Integration

Die SBZ war durch große Wanderungen geprägt. Schon bevor »die Russen« kamen, setzten sich viele in die westlichen Besatzungszonen ab. Hierzu gehörten Personen, die sich in der Sowjetunion an Kriegsverbrechen beteiligt hatten, die zu den Funktionären des Nationalsozialismus gehörten oder von der deutschen Rüstungsindustrie profitiert hatten, und viele andere, die von der Aussicht, unter sowjetischen Verhältnissen leben zu müssen, nicht viel hielten. Zur Abwanderung des Bürgertums kam der Zustrom von 4,3 Millionen Vertriebenen aus den Gebieten, die nun zu Polen, der Sowjetunion und der Tschechoslowakei gehörten. Die »Umsiedler«, wie sie in der SBZ und später auch in der DDR genannt wurden, kamen nur mit wenigen Habseligkeiten an. Wegen

der weniger schlechten Versorgung mit Nahrung, Wohnraum und Arbeit wurden sie vorwiegend im ländlichen Raum angesiedelt.

Entnazifizierung

Die Entnazifizierung vollzog sich rasch und tiefgreifend. Bis Ende 1945 wurden in der SBZ über 390.000 NSDAP-Mitglieder entlassen oder nicht wieder eingestellt. Im Jahr darauf entstanden 262 Entnazifizierungskommissionen. Sie waren meist durch Leute aus der KPD und SPD, später aus der SED dominiert. Sie überprüften weitere 850.000 NSDAP-Mitglieder und belegten 65.000 von ihnen mit Zwangsmaßnahmen. Die Bereiche Justiz, und Bildung versuchte man gänzlich von Nationalsozialisten zu säubern. Über 70 Prozent der Lehrer und 80 Prozent der Richter und Staatsanwälte hatten der NSDAP angehört. Deswegen richtete man Volksrichter- oder Neulehrerkurse ein. Ansonsten setzte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) beim Neuaufbau des Staates meist KPD- oder SED-Mitglieder in die geräumten Leitungspositionen ein. Die Entnazifizierung fand nach sowjetischem Rechtsverständnis und russischen Praktiken statt. Die für schuldig Befundenen wurden mit Lagerhaft oder mit der Todesstrafe belegt. Von Anfang an war die Entnazifizierung vermischt mit dem Kampf gegen Widersacher der SMAD und der moskautreuen »Gruppe Ulbricht«.

»Antifaschistisch-demokratische Umwälzung« als Deckmantel für die Diktaturdurchsetzung

Im Sommer 1945 bildeten KPD, SPD, die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP) den sogenannten »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien«. Bei der CDU und LDP griff die SMAD wiederholt ein. Sie setzte Parteivorstände ab und ein. Im Herbst hatte sich auch die Begeisterung der SPD für einen organisatorischen Zusammenschluss mit der KPD abgekühlt, denn die SMAD benachteiligte die Sozialdemokraten und förderte nur die Kommunisten. Nach den

schlechten Wahlergebnissen der Kommunisten in Ungarn und Österreich forderte die SMAD, die Vereinigung von SPD und KPD zu forcieren. Sie förderte sozialdemokratische Einheitsbefürworter, unterband Veranstaltungen der Gegner, ließ in der Presse jegliche Vorbehalte gegenüber der Einheitspartei als »Verrat an Arbeiterinteressen« abstempeln und drängte skeptische Sozialdemokraten mit Vergünstigungen, Drohungen und Verhaftungen in die Fusionsverhandlungen. In einer Art »Zwangsvereinigung« fusionierten im April 1946 beide Parteien zur SED. Um die bürgerlichen Parteien des »Demokratischen Blocks« weiter zu schwächen, wurde 1947 die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und 1948 eine Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) gegründet. Beiden standen kommunistische Kader vor. Nach diesem Handstreich führte die SED auch noch den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) in den »Block« ein. Somit zwangen die SMAD und die SED dem Land der ehemaligen Hitler-Wähler ein von ihnen gelenktes Parteien-System mit Scheinwahlen über »Einheitslisten« auf. Auf diese Liste wurden Personen gesetzt, die die Machthaber für »fortschrittlich« hielten. Die Wählerinnen und Wähler konnten der Liste *en bloc* zustimmen oder diese ablehnen, womit man eine demokratische Fassade erzeugen wollte. Ein auf diese Weise – immerhin mit 66 Prozent gewählter – »Dritter Volkskongress« wählte wiederum den »Zweiten Deutschen Volksrat«, welcher sich am 7. Oktober 1949 als »Provisorische Volkskammer« der DDR konstituierte und ihre Verfassung in Kraft setzte. Dieses Datum markiert die Gründung der DDR. In ihrem künftigen DDR-Parlament, also der »Volkskammer«, verfügte die SED über 96 Sitze, die CDU und LDP (ab 1951 LDPD) jeweils über 46, die NDPD und der DBD über 17 beziehungsweise 15. Die restlichen Mandate hatten der FDGB, die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN, aufgelöst 1953) und Massenorganisationen wie beispielsweise die »Freie Deutsche Jugend« (FDJ), »Demokratischer Frauenbund Deutschlands« (DFD) und der »Kulturbund« inne – Fraktionen, deren Mitglieder oft auch

der SED angehörten. Die SED dominierte also die Volkskammer, ohne in freien Wahlen die absolute Mehrheit erreicht zu haben. Auch in den Bezirks- und Kreistagen war das so.

Die Menschen im Osten machten die Erfahrung, dass Parlamente keine Gestaltungsmacht haben. Diese hatte nur die zentralistisch geführte SED. Im Selbstverständnis der SED-Spitze entsprang ihre Legitimität daraus, dass sie den »Willen des Volkes« – nicht der Bürger – umsetzte. Deswegen hießen die Institutionen der DDR auch »Volkskammer«, »Volkspolizei«, »Volksmarine« oder »Volksarmee«. Und als am 2. Oktober 1989 eine Polizeikette am Leipziger *konsument*-Warenhaus eine Demonstration aufhielt, als es durch den Lautsprecher der Staatsmacht tönte: »Deutsche Volkspolizei! Räumen sie die Straße!«, formte sich die Antwort: »Wir sind das Volk!«.

Sozialistisch wirtschaften: Bodenreform und Planwirtschaft

Die Landwirtschaft und die Industrie des Ostens wurden innerhalb von drei Jahren umgestülpt. Die »demokratische Bodenreform« 1945–1949 enteignete die Großgrundbesitzer. Ihr Besitz wurde verstaatlicht sowie an Bauern, Landarbeiter und 16 Prozent davon auch an die »Umsiedler« verteilt. Zwischen Ende 1947 und Anfang 1948 wurden knapp 3.000 Betriebe mit knapp 490.000 Beschäftigten in »Volkseigentum« überführt. Im gleichen Jahr gaben auch die CDU und die LDP ihren Widerstand auf, sodass 1949 der erste Zweijahrplan in Kraft trat. Neunzig Prozent der Industrie waren als »Volkseigene Betriebe« in die Planwirtschaft eingebunden. 1972 wurden auch noch die letzten zehn Prozent verstaatlicht und in das System der Planwirtschaft integriert. In der Landwirtschaft begann 1952 die zu nächst freiwillige »Kollektivierung«, welche dann 1960 mit Zwang abgeschlossen wurde. Seit 1960 waren die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft nun abhängig Beschäftigte in den »Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften« (LPG) oder »Volkseigenen Gütern«.

Die DDR – eine neue Gesellschaft

Repression und politische Akzeptanz

Die Entwicklung im Osten kann als eine Kette von Terrorakten und Repressionen erlebt worden sein – oder als die Entfaltung eines durchaus funktionierenden und von vielen auch befürworteten Systems. In den ersten zwanzig Jahren – abgeschlossen durch die endgültige Grenzschießung 1961 – waren die Repressionen härter und demonstrativer als danach. Im »Arbeiter- und Bauernstaat« war »die Arbeiterklasse« vom Lohnniveau und vom Status her bessergestellt, als die Angehörigen der »anderen Klassen und Schichten«, vor allem die von der SED stets beargwöhnte und politisch geschulmeisterte »Intelligenz«. Doch auch wenn man zur »falschen« Gruppe gehörte, konnte man gut leben in der DDR – und andererseits hatten Arbeiter keinen Rabatt, wenn sie öffentlich »staatsfeindlich« auftraten. Den Begriff »politischer Häftling« reservierte die DDR 1951 für die »Opfer des Faschismus« und bestritt Inhaftierungen aus politischen oder weltanschaulichen Gründen. Heute geht man davon aus, dass die Zahl der politischen Gefangenen in der DDR bei 200.000 lag.

Geheime bundesdeutsche Meinungsumfragen quer durch die DDR-Bevölkerung zeigten, wie sich die Menschen des Ostens in den Siebziger- und Achtzigerjahren zum Regime stellten. Ein Fünftel bis ein Drittel lehnte das politische System ab. Gut die Hälfte hatte sich angepasst oder sah sich als vollkommen unpolitisch an. Ein Fünftel bis ein Viertel stand dem System im Allgemeinen positiv gegenüber.

Erfahrungen mit Wahlen

Aller fünf Jahre rief die SED die Wahlberechtigten zu den Urnen. Überall forderten Plakate dazu auf, die »Kandidaten der *Nationalen Front*« zu wählen. Die »Nationale Front«, die durch die SED beherrscht war, organisierte die Aufstellung der Kandidaten für die Einheitsliste sowie die Wahlen selbst. Das Bündnis

war aus dem »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien« in der SBZ hervorgegangen, weswegen auch alle Parteien außer der SED offiziell als »Blockparteien« bezeichnet wurden.

Das Aufsuchen der Wahlkabine war nicht gern gesehen, weswegen die meisten den Wahlzettel gleich nach Empfang einmal falteten und in die Urne steckten. Diese Art von öffentlicher Zustimmung konnte noch gesteigert werden, in dem man gleich nach Öffnung der Wahllokale geschlossen mit dem ganzen »Arbeitskollektiv« erschien – was in den Fernsehnachrichten dann immer wieder als Normalität vorgezeigt wurde. Die Wahlen wurden in der DDR ironisch als »Falten gehen« bezeichnet und die Angehörigen der Blockparteien, die das Spiel der SED mitspielten, abschätzig als »Blockflöten«. Inwieweit die Blockparteien Marionetten der SED waren, illustriert deren Finanzierungsmodell. Der letzte Vorsitzende der LDPD, Dr. Manfred Gerlach, beschreibt 1991 wie er beim »Leiter der Abteilung Finanzen und Parteibetriebe im ZK der SED« regelmäßig den Finanzbedarf seiner Partei anmeldete und »dass ich über 20 Jahre drei- bis viermal jährlich spätabends mit einer bis zwei Millionen Mark im Koffer oder in zwei großen Taschen im Dienstwagen hinter dem ahnungslosen Fahrer durch Berlin in meine Wohnung gefahren bin.«

Zur Kommunalwahl am 7. Mai 1989 fanden sich in hunderten Wahllokalen erstmals Menschen zur öffentlichen Auszählung der Stimmen zusammen. Danach wurden die Abweichungen zu den offiziellen Ergebnissen bekannt. Die Wahlen wurden somit auch erstmals ernst genommen und nicht nur fügsam absolviert.

Keine Erfahrungen mit der Demokratie

Die Menschen in der DDR konnten keine Erfahrungen mit institutionalisierten demokratischen Aushandlungsprozessen sammeln. Lediglich auf der untersten, auf der betrieblichen Ebene, stritt die Arbeiterschaft mit der Partei und der staatlichen Leitung, doch diese Auseinandersetzung wurde informell

geführt. Hier ging es »um die ›richtige‹ Anwendung der Normen, deren regelmäßige Übererfüllung, die als ein das Einkommen erhöhender Besitzstand verteidigt wurde« – und nicht um die SED-Macht als Prinzip.

Die DDR »funktionierte« also arbeitsstättenzentriert. Der Soziologe Marti Kohli beschrieb das rückblickend so: »In der DDR war die Arbeitsstätte ein wichtiger sozialer Ort mit vielfältigen sozialen Funktionen und Versorgungsaufgaben. Den Betrieben, insbesondere den größeren, waren zahlreiche Einrichtungen zugeordnet: Kinderkrippen und -gärten, Erholungseinrichtungen, Betriebsberufsschulen, Institutionen der Erwachsenenbildung und medizinischen Betreuung; die Vergabe von Wohnungen oder die Unterstützung für Eigenheimbau, die Vergabe von Urlaubsplätzen, Kuren. Die Delegation zum Studium erfolgte zum Teil über den Betrieb. Kulturelle Aktivitäten, Freizeitgruppen wurden durch die Betriebe gefördert. Nicht selten dominierten größere Betriebe das kommunale Leben. Der Katalog zeigt, was für eine Spannung von Leistungen die Betriebe für ihre Beschäftigten – und im Rahmen der betrieblichen Veteranengewerkschaftsorganisation auch für ihre Rentner – erbrachten. Die Betriebe vermittelten den Zugang zu zentralen sozialen und kulturellen Dienstleistungen, aber auch zu zentralen Versorgungsgütern wie Wohnungen und Urlaubsplätzen, was in einer Ökonomie des Mangels von besonderer Bedeutung war. Sie waren auch eine Instanz der Zuteilung von Karrierechancen. Unter institutionellen Gesichtspunkten ist darüber hinaus zu erwähnen, dass auch Parteien und Wohlfahrtsorganisationen wie die »Volkssolidarität« zum Teil nach Betrieben und nicht nach Wohnorten gegliedert waren. Und schließlich waren die Betriebe für ihre Beschäftigten auch eine Quelle von Ressourcen in Form von Gütern und Arbeitszeit, die unterhalb der Legalität in die privaten Tauschnetzwerke eingespeist werden konnten, die für das Überleben in der sozialistischen Mangelwirtschaft so essentiell waren. Dies alles lässt es als berechtigt erscheinen, die Betriebe als die zentralen Vergesellschaftungskerne im Realsozialismus zu bezeichnen.«

Hier wurde zwar nicht nur die Produktion, sondern auch die Gesellschaft »am Laufen gehalten«, aber hier wurde keine Politik gemacht. Der Historiker Thomas Lindenberger beschreibt das so: »Der DDR-Alltag war übersät mit Funktionen und Pöstchen der »gesellschaftlichen Aktivität«, denen sich generell zu verweigern Nachteile nach sich zog. Sie verwandelten die von der SED Kontrollierten immer auch in Kontrolleure im SED-Auftrag.« Dieses Strukturprinzip band soziale Energie, beschnitt die Räume für übergreifende Dissidenz und verlängerte so das Leben der SED-Diktatur. Es gab im Osten zwar »gesellschaftliche Institutionen«, Parteien, Vereine und »gesellschaftliche Massenorganisationen«, doch sie waren nicht Teil eines demokratischen Systems, sie dienten nicht der Artikulation und Durchsetzung der verschiedensten Interessen in der Gesellschaft, sondern nur den Interessen der SED.

Die DDR war somit, wie es der Soziologe Raj Kollmorgen beschreibt, zugleich über- und unterpolitisiert. »Überpolitisierung bezieht sich auf den allzuständigen und bis in die Verästelungen des Privaten hineinregierenden autoritären Planwirtschafts- und Kommandostaat. Diese Politik war die Normalität, das Modell von Politik überhaupt – die zugleich befremdete, ja gehasst, aber eben auch anerkannt wurde. Denn alles, was schlecht war, lag in der Verantwortung des Staates, und dennoch durfte man legitimerweise die Lösung aller Lebensprobleme von diesem Staat erwarten. Zugleich hatten wir es mit einer fatalen Unterpolitisierung zu tun, wenn darunter der Raum und die Praxis einer autonomen Bürgergesellschaft und deren Interessenvermittlung verstanden wird. Das gab es in der DDR nur ansatzweise und in wenigen Nischen.«

Dieses Muster lebte in der politischen Kultur des Ostens nach 1990 weiter. Die Fähigkeit oder die Bereitschaft, demokratische Akteure wie Vereine, Stiftungen und Parteien aufzubauen oder durch Teilnahme zu stärken, ist hier nur gering ausgeprägt. Man ist Parteien, Verbänden und Vereinen gegenüber skeptisch, wertet diese ab und setzt stattdessen in Erinnerung

auf 1989 auf Protest. Dessen Adressat ist wie schon in der DDR »der Staat«, der »alles« in der Hand hat und richten soll, die Eliten in Berlin und in Brüssel.

Neue Gesellschaft mit neuem Weltbild

Wie die Wirtschaft, so wurde in der DDR auch das Denken der Menschen und die Milieustruktur umgestülpt. Der »Marxismus-Leninismus« wurde die verbindliche und allzuständige Weltdeutung. Das geschah seit 1951 durch Gesetze, Verordnungen, Zensur sowie die Beeinflussung der Medien, Kunst, Wissenschaft und vor allem des Bildungssystems. Andere Meinungen und Anschauungen wurden anhaltend ausgegrenzt. Seinen Höhepunkt fand das 1965 und 1968, als im »sozialistischen Bildungsgesetz« und in der »sozialistischen Verfassung« die »Verbreitung der sozialistischen Ideologie« und die »Erziehung aller Bürger zu sozialistischen Persönlichkeiten« zur normativen Zielgröße erklärt wurde.

Ab etwa Mitte der Sechziger war im Osten eine neue Gesellschaft entstanden. Der Soziologe Wolfgang Engler bezeichnet sie als »arbeiterliche Gesellschaft«. Natürlich hatte die Arbeiterschaft der DDR nicht die politische Macht inne, aber sie hielten das »soziale Zepter« in der Hand. Die Menschen im Osten, an der Universität, im Kreiskrankenhaus und an der Schule orientierten sich an den Anschauungen, Meinungen, Konventionen, Kleidungs- und Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt den Alltagssitten der Arbeiterschaft. Als ihre Werte hielt die neue Gesellschaft die Gleichheit, das Kollektiv, die Solidarität hoch und sie war auch objektiv relativ nivelliert. Zwar war sie auch in sozial-moralische Milieus gegliedert, ihr Schwerpunkt lag aber in den traditionellen und modernen Arbeitermilieus sowie im kleinbürgerlich-materialistischen Milieu. Teile des bürgerliche DDR-Milieus stellten sich dem mit viel Sinn zur Distinktion entgegen. Sie pflegten demonstrativ die – unpolitische – klassische bürgerliche Kultur. Die Einkommensspreizung in der DDR war gering. Wenn auf Familienfeiern die Montagearbeiter ihre »studierten« Schwestern nach deren

Einkommen fragten, dann hatten sie gut lachen. Der Begriff »arbeiterliche Gesellschaft« verweist nicht auf die politischen Einstellungen der Menschen, sondern nur auf ihre sozialisatorische Prägung. Der Begriff stellt nicht infrage, dass die DDR eine Diktatur war. Er verweist darauf, dass die DDR im alltäglichen sozialen Verkehr egalitärer, weniger sozial differenziert, weniger individualisiert und mehr gemeinschaftsorientiert war – im positiven wie im negativen Sinne. Darin unterschied sie sich von jener Gesellschaft, mit der sich eben jene Ostdeutschen auf ihren Wunsch hin 1990 vereinigten. Dass es die »arbeiterliche Gesellschaft« tatsächlich gab, kann man auch statistisch zeigen. Als die westdeutsche Soziologie 1991 zum ersten Mal die ostdeutsche Bevölkerung mit ihrem Instrumentkasten vermaß, fragte sie, – wie bislang im Westen auch –, nach der »Subjektiven Schichteinstufung«. Es geht dabei einfach darum, ob sich Menschen selbst der »oberen Mittelschicht«, der »Mittelschicht«, der »Arbeiterschicht« oder der »Unterschicht« zuordnen. Im Osten von 1991 ordnete sich die absolute Mehrheit der Menschen, 57 Prozent, der nach DDR-Maßstäben ehrbarsten Schicht, der »Arbeiterschicht« zu, im Westen taten das nur 24 Prozent der Bevölkerung. Denn im Westen folgte man anderen Wertvorstellungen, hier rechnete sich 1991 die absolute Mehrheit, 63 Prozent, der reputierlichen »Mittelschicht« zu. Zur neuen Gesellschaft in der DDR gehört im Übrigen auch, dass nun 70 Prozent der Bevölkerung konfessionslos waren.

Die Ideologie des Sozialismus hat zumindest bei den 1930 bis 1960 Geborenen relativ gut gegriffen. Hier hatte die Propaganda, welche die Leistung der Sowjetunion bei der Befreiung vom »Hitlerfaschismus« betonte wie auch die Vorstellung, dass der Sozialismus eine Zukunft haben würde, Wurzeln geschlagen. Dass die Auseinandersetzung mit der »Hitlerzeit« eine »äußerst wichtig Aufgabe« sei, bekundeten bei Nachwendebefragungen genau diese Jahrgänge besonders stark, während das die westdeutschen Vergleichsgruppen nicht in dem Maße taten. Die Gegenideologie zum staatsoffiziellen

Antifaschismus war die der rechtsextremen Jugendgruppen der DDR, die beginnend mit den Siebzigern auf Punks, Alternative, Grufties oder junge Leute mit bunten Haaren Jagd machten. Und natürlich auf Menschen aus Vietnam, Afrika und Kuba, die zeitlich befristet in der DDR ihre Arbeitsverhältnisse hatten. Zu diesen hatte auch ein großer Teil der DDR-Bevölkerung ein distanziertes, zum Teil feindliches Verhältnis. Relativ rechtlos und von der Bevölkerung getrennt untergebracht wurden die »Vertragsarbeiter« als doppelt Fremde zur Projektionsfläche für die hausgemachten Ärgernisse: so sei das Angebot an Nähmaschinen, Fahrrädern, Motorrädern und Mopeds angeblich deswegen so gering, weil sie »die Ausländer in rauen Mengen« nach Hause schickten.

Dauerthema des Ostens: Aufholversuche und Abwanderung

Die Wirtschaft des Ostens befindet sich seit 1946 im Aufholwettbewerb mit dem Westen. In der SBZ wurde sie durch die Fehlentscheidungen der schwer kriegszerstörten Sowjetunion ruiniert. Seit die Westalliierten Anfang 1946 die vereinbarten Reparationslieferungen eingestellt hatten, bediente sich die UdSSR nur noch aus der SBZ, etwa durch Demontagen oder durch Umwandlung von Betrieben in »Sowjetische Aktiengesellschaften«. Im Jahr 1948 waren die industriellen Kapazitäten des Ostens nur noch halb so groß wie 1936. Der Westen, wo die Reparationen zurückhaltender einsetzten, lag im Jahr 1948 schon elf Prozent über der Marke von 1936. Ende der Fünfzigerjahre schienen sich in der DDR die Umstände so weit verbessert zu haben, dass der Ankündigung des baldigen Aufholens geglaubt wurde und sich die Abwanderung in die Bundesrepublik halbierte. Doch schon 1961 schnellte die Fluchtbewegung wieder nach oben und konnte nur noch durch den Bau der Mauer eingedämmt werden. In den Siebziger- und in der ersten Hälfte der Achtzigerjahre waren die Wachstumsraten im Osten noch ausreichend, um die von Honecker verkündeten Grundsätze der »Wirtschafts- und Sozialpolitik« einzulösen. Danach gelang das nicht mehr. Seit Mitte

der Achtzigerjahre verließ Jahr für Jahr etwa eine Kleinstadt die DDR – per Ausreiseantrag oder als Flüchtende über Drittländer.

Abwanderung – Revolution – Beitritt

Im Jahr 1989 waren es an die 340.000 Menschen, die ausreisten oder flüchteten. Die Ostdeutschen konnten in ARD und ZDF sehen, wie ihre Landsleute in die bundesdeutsche Prager Botschaft oder in Ungarn über die geöffnete Grenze flohen. Das Verhalten der SED-Führung brachte die Daheimgebliebenen zusätzlich in Rage. Angesichts der mit viel Sympathie betrachteten sozialistischen Reformbemühungen von Michael Gorbatschow in der Sowjetunion hatte Kurt Hager schon im April 1987 verlauten lassen: »Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?« Angesichts der Fluchtwelle und der Sorgen der Eltern, Geschwister und Kollegen, die Weggegangenen nie wiederzusehen, kommentierte das DDR-Fernsehen am 1. Oktober 1989: »Sie schaden sich selbst und verraten ihre Heimat. Sie alle haben durch ihr Verhalten die moralischen Werte mit Füßen getreten und sich selbst aus unserer Gesellschaft ausgegrenzt. Man sollte ihnen deshalb keine Träne nachweinen.« Den letzten Satz hatte Erich Honecker persönlich in den Kommentartext eingefügt. Zur Massenflucht kamen Massendemonstrationen. Vor einem Polizisten in einer Absperrkette stehend sagte ein Bürger am 2. Oktober 1989: »Das ist doch völlig klar: '61 habt Ihr die Mauer gebaut. Da habt Ihr 28 Jahre Zeit gehabt. Die Leute, die nach '61 geboren sind, das sind doch alle die, die jetzt abhauen. Das muss doch einen Grund haben. Das können doch nicht bloß irgendwelche dubiose Menschenhändler sein. Sondern offenbar ist da doch irgendwas in der Entwicklung nicht richtig gelaufen. Dass das, was Ihr rüber bringen wolltet an die Jugendlichen, da nicht angekommen ist. Und darüber müsste man doch mal reden und sich Gedanken machen.« Ein anderer meinte zum Vertreter der Staatsmacht: »Sie leben in dem Land, Sie haben gehört, wir wollen hierbleiben.

Es soll sich aber etwas verändern. So kann's doch nicht weitergeh'n, wenn die Jugend wegbleibt. Und die nächste Generation läuft gleich noch mit hinterher. Da brauche ich bloß meinen anzugucken. Ich kann die gar nicht zügeln, das sagen meine Kollegen auch. Ich kann meine..., ich halte für kein Kind mehr die Hand ins Feuer. So. Nun muss man doch mal zum Nachdenken kommen.« Kristallisationspunkt der Demonstrationen waren die schon seit Jahren andauernden Aktionen der DDR-Oppositionellen, an denen aber nie mehr als dreihundert Menschen teilnahmen. Die Oppositionellen hatten einen langfristig angelegten Ansatz zur Demokratisierung der Gesellschaft gehabt. Die Massendemonstrationen hingegen reagierten auf die Massenflucht, orientierten sich dann, nachdem sie ihre Stärke erfuhren, auf den Sturz des Regimes. Mit der Grenzöffnung am 9. November 1989 bekam die Revolution eine ganz neue Richtung. Die Demokratisierungs-Ideen der Bürgerrechtler erhielten nach dem massiv westdeutsch geprägten Wahlkampf eine Abfuhr, das von Helmut Kohl eilig geschmiedete Parteien-Bündnis »Allianz für Deutschland« gewann am 18. März klar die Wahl zur Volkskammer, welche ihrerseits den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 beschloss.

Der Osten und die Entstehung der neuen Bundesländer

Schnelle institutionelle und wirtschaftliche Integration

Beitritt der DDR und Konstituierung der neuen Bundesländer

Am 7. Februar 1990 bildete die Bundesregierung den Kabinettsausschuss »Deutsche Einheit« und beschloss, dass beide Volkswirtschaften »auf Grundlage unmittelbar einzuleitender tiefgreifender marktwirtschaftlicher Reformen in der DDR« verklammert werden sollten. Das sollte in weniger als fünf Monaten realisiert sein.

Am 18. Mai 1990 schlossen die Bundesrepublik und die DDR den »Vertrag über die Schaffung einer Währungs- Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik«. Darin hieß es: »Mit Wirkung vom 1. Juli 1990 wird die Deutsche Mark als Währung in der Deutschen Demokratischen Republik eingeführt.« Am 31. August 1990 unterzeichneten die Regierungen der Bundesrepublik und der DDR den »Beitrittsvertrag«. Sein Artikel 1, Absatz 1 bestimmte: »Mit dem Wirksamwerden des Beitritts der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes am 3. Oktober 1990 werden die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen Länder der Bundesrepublik Deutschland.« Zudem wurde Ost-Berlin Teil des wiedervereinigten Berlins,

das als Hauptstadt Deutschlands festgelegt wurde. So kam es auch. Am 14. Oktober 1990 wurden die genannten Bundesländer, deren Bildung bereits durch des Ländereinführungsgesetz der DDR-Volkskammer vom 22. Juli 1990 beschlossen worden waren, auch faktisch errichtet.

Damit war der Osten ein institutionell vollständig integrierter Teil der Bundesrepublik. Die Kopie des seinerseits reformbedürftigen bundesdeutschen Institutionensystems und der westdeutschen politischen Landschaft in den Osten mochte in der damaligen Situation als funktional und effizient erscheinen. Sie erschwerte aber den Ostdeutschen die Aneignung der Bundesdeutschen Demokratie – von den wirtschaftlichen Verwerfungen ganz zu schweigen.

Schockartige wirtschaftliche Anpassung und Massenarbeitslosigkeit

Bis zur Bildung des Kabinettsausschusses »Deutsche Einheit« am 7. Februar 1990, bei dem eine baldige Währungsunion und die Fusion beider Volkswirtschaften ins Auge gefasst wurde, hatten auch noch andere Übergangsszenarien zur Debatte gestanden. Sie waren sowohl von westdeutschen Ökonomen wie auch von der Modrow-Regierung und dem Runden Tisch in die Diskussion gebracht worden und sahen die Ersetzung der DDR-Mark durch die D-Mark erst 1993 als »Krönung« der Transformation zu einer kapitalistischen Marktwirtschaft vor. Nach dem Vorstoß von Kohl war das jedoch vom Tisch. Nach Einschätzung des Historikers Andreas Rödder legte sich die Bundesregierung damit auf einen übergangslosen Wechsel von der Plan- zur Marktwirtschaft fest. Der Osten hatte in doppelter Hinsicht *nichts mehr zu sagen* und die »Bundesrepublik übernahm das Kommando.« Am 7. April 1990 verkündete Bundeskanzler Helmut Kohl öffentlich die Einführung der D-Mark in der DDR zum 1. Juli 1990 an. Das war ganz im Sinne jener ostdeutschen Mehrheit, die bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 für das vom Kanzler schnell zusammengeschmiedete Wahlbündnis »Allianz für Deutschland« und deren

Programm einer raschen Vereinigung mit der Bundesrepublik gestimmt hatten. Die meisten Ostdeutschen wollten die D-Mark lieber sofort als später. Einer der das kritisch sah, war der einstige DDR-Oppositionelle Jens Reich. Aus einer Distanz von zehn Jahren merkte er an: »Die DDR ist somit die erste ›Kolonie‹ der Geschichte, bei der die ›Kolonisierten‹ unter Androhung von Gewalt den Einmarsch der ›Kolonialherren‹ forderten.«

Das Erlebnis der D-Mark erwies sich bei den Ostdeutschen dann doch als ambivalent. Einerseits gehörte man nun zum Kreis der mündigen Konsumenten. Gerade standen sie in der DDR noch mit großem Kaufkraftüberhang einem geringen Warenangebot gegenüber. Nun konnten sie aus einer endlos wirkenden Warenwelt wählen, so weit das Geld reichte. Andererseits wurde dieses Geld seit 1991 langsam knapp, denn die Betriebe, in denen die Ostdeutschen arbeiteten, traf der durch die schlagartige Einführung der D-Mark verursachte ruinöse »Aufwertungsschock«. Bislang hatten die Bundesrepublik und die DDR im innerdeutschen Handel einen Kurs zwischen der D-Mark und der DDR-Mark von 1:4,4 praktiziert. Zu diesen Preisen waren die DDR-Produkte im Westen noch marktfähig gewesen. Der neue Kurs von 1:1 ließ die Preise der DDR-Waren um 340 Prozent nach oben schnellen, ohne dass sich deren Qualität und technische Niveau gesteigert hätte. Die Produkte der ostdeutschen Betriebe waren nicht mehr preiswürdig, das Personal überteuert. Zudem standen die Firmen mit ihren DDR-Alt-Krediten nun vor einem in DM verwandelten Schuldenberg, für den dann auch bald nicht mehr das Zinsniveau der DDR-Staatsbank, sondern der marktübliche Zins westdeutscher Banken galt. So konnten die Betriebe ihren aus der DDR ererbten Investitionsstau und den technologischen Rückstand nicht wettmachen. Für die osteuropäischen Partner waren nach der Währungsunion und dem Auslaufen des Transfer-Rubel-Systems am 31. Dezember 1990 die Erzeugnisse aus den DDR-Betrieben auch nicht mehr erschwinglich. Ende des Jahres 1990 hatte sich die ostdeutsche Industrieproduktion im

Vergleich zu den ersten beiden Quartalen vor der Währungsunion halbiert. Zu Beginn des Jahres 1991 lag sie nur noch bei einem Drittel des Vorjahresniveaus. Insgesamt ging die Beschäftigung in Ostdeutschland bis zum Ende des Jahres 1991 von etwa 9,3 Millionen bis 9,7 Millionen Personen auf effektiv 5,2 Millionen Personen zurück, und im zweiten Quartal 1992 wurde die 5-Millionen-Grenze unterschritten. Für den Osten und seine selbstbewusste Arbeiterschaft war das eine einschneidende und langwirkende Erfahrung. Und auch außerhalb der Industrie war jede Familie durch Entlassungen betroffen. Der Soziologe Detlef Pollack zog den Vergleichshorizont noch weiter auf: »Zwischen 1989 und 1991 brach die Industrieproduktion Ostdeutschlands (ohne Berlin) um etwa 70 Prozent ein. In keinem postkommunistischen Land war der Rückgang so dramatisch wie in Ostdeutschland. In Polen sank die Bruttowertschöpfung der Industrie in diesem Zeitraum nur um 35 Prozent, in Ungarn um 24 Prozent und in der Slowakei nur um 12 Prozent.« Die Menschen in den genannten postkommunistischen Ländern erlebten diese Prozesse gemeinsam. Im vereinigten Deutschland machte das nur die ostdeutsche Minderheit, ein Fünftel der Bevölkerung durch. Zudem blieb der Bevölkerung des Ostens im Unterschied zu den osteuropäischen Nachbarn die Aushandlung der anstehenden Transformation verwehrt und erspart, denn die Transformation war westgesteuert und ihr Ziel bereits definiert.

Dauerthema des Ostens: Aufholversuche und Abwanderung

Auch mit dem neuen Wirtschaftssystem blieben im Osten manche Probleme die alten: die Abwanderung (⇒ Demografie des Ostens) und die Versuche, gegenüber dem Westen aufzuholen.

Erst im Jahr 1995 war in den neuen Bundesländern mit 59 Prozent des westdeutschen Wirtschaftsleistungsniveaus wieder jene West-Ost-Relation erreicht und überschritten, die die DDR und die Bundesrepublik zueinander hatten. Vom Wirtschaftsleistungsniveau her handelte es sich beim »Aufbau Ost« bis 1995, so merkt der Wirtschaftswissenschaftler Jörg

Roesler an, also nicht um eine Zeit des Aufholens, vielmehr um eine Wiederherstellungsperiode. In den folgenden Jahren nahm die Produktivität im Osten schneller zu als im Westen, doch in den 2000er-Jahren kam der Osten in der Produktivität des Westens nur noch in »Trippelschritten« heran, wie das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) feststellte.

Der Osten als besonderer Wirtschaftsraum

Die Privatisierungspolitik der Treuhandanstalt wirkte für den Osten wie eine langanhaltende Weichenstellung. In ihrem Verlauf gingen in den frühen Neunzigerjahren 80 Prozent des ostdeutschen Wirtschaftsvermögen an westdeutsche Besitzer, fünf Prozent an ausländische Investoren und 15 Prozent an kommunale und ostdeutsche Eigner. Oft hatten die westdeutschen Besitzer aber auch wenig Interesse daran, mittels Investitionen die ostdeutsche Konkurrenz auf Westniveau zu bringen. Es kam auch vor, dass sie Betriebsstätten schlossen, die bereits dieses hochproduktive Niveau erreicht hatten. Vereinzelt gab es auch neue ostdeutsche Firmenbesitzer. Wenn die Treuhandanstalt bei der Privatisierung kleiner und mittelständischen Betriebe mehrfach gescheitert war, konnten diese ehemaligen Leiter oder Ingenieure Anfang der neunziger Jahre auch selbst als Unternehmer einsteigen. Die Wissenschaft bezeichnet sie als »Unternehmer wider Willen«. Für die Betroffenen war das oft der einzige Weg, ihre beruflichen Fähigkeiten, den Betrieb und seine Belegschaft zu retten. Insgesamt degradierte die Privatisierungspolitik der Treuhand die ostdeutschen Produktionsstandorte günstigstenfalls zu verlängerten Werkbänken der westdeutschen Zentralen. Für den Osten als Wirtschaftsraum hatte das nachhaltige Folgen, wie der Wirtschaftswissenschaftler Jörg Roesler zusammenfasst. Alle relevanten Entscheidungen fielen die außerhalb der Region beziehungsweise des Landes gelegenen Konzernzentralen. Zudem sind natürlich auch die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen des Konzerns dort und nicht im Osten zu finden. Das vertieft nicht nur die technologischen Asymmetrien zwischen dem Osten und dem Westen. Es wirkt sich auch auf das Lohnniveau und den Beschäftigungsaufwuchs auf. Denn

Ausgründungen mit gutbezahlten Jobs entstehen nicht in den »Zweigstellen«. Mit Ausnahme von »Jenoptik« sind die großen Standorte Ostdeutschlands, die Chemieanlagen, Autofabriken und Computerbetriebe ausnahmslos Zweigwerke westdeutscher und ausländischer Konzerne, Zweigstellen also, in denen selten Forschung und Entwicklung oder andere zentrale Unternehmensfunktionen mit gutbezahlten Arbeitsplätzen zu finden sind. Und noch ein dritter Aspekt kommt hinzu: Die Relation zwischen Konzernzentralen und ausführenden Produktionsstätten oder »Zweigbetrieben« ist im vereinigten Deutschland sehr einseitig: die Zentralen liegen im Westen, der Osten verfügt kaum über welche.

Immerhin war im Jahr 2017 die durchschnittliche Produktivität der Neuen Länder einschließlich Berlin auf 82 Prozent des Westniveaus gesteigert worden. Allerdings reicht kein ostdeutsches Flächenland an das westdeutsche Land mit der geringsten Produktivität – das Saarland – heran. Der Rückstand in der Produktivität zeigt sich in Betrieben aller Größenklassen.

Heute, 35 Jahre nach der deutschen Vereinigung besteht bei den Löhnen noch eine beträchtliche Ost-West-Lücke. Das zeigt eine Erhebung der Hans Böckler Stiftung. Im Jahr 2024 verdienten Vollzeitbeschäftigte in Westdeutschland durchschnittlich 4.810 Euro brutto pro Monat, während es in Ostdeutschland nur 3.973 Euro waren. Das ist ein Unterschied von 17,4 Prozent.

Eine wesentliche Ursache für die Fortschritte sehen die Forschenden im Mindestlohn, der 2015 deutschlandweit eingeführt wurde. Beschäftigte in den ostdeutschen Bundesländern haben vom Mindestlohn überdurchschnittlich häufig profitiert – und zwar deswegen, weil sich in den Jahren nach dem Beitritt im Osten ein besonders großer Niedriglohnsektor ausgebreitet hatte. »Die Erhöhung des Mindestlohns auf zwölf Euro im Oktober 2022 hat die Lohnentwicklung in Ostdeutschland noch einmal zusätzlich unterstützt. Für die breite Mehrheit der Beschäftigten, deren Entgeltniveau über dem Mindestlohn liegt, sichern Tarifverträge ein Auskommen. Mit

Tarifvertrag sind die Löhne in vergleichbaren Betrieben etwa zehn Prozent höher als ohne Tarifvertrag. Allerdings sind in Ostdeutschland nur 41,7 der Firmen tarifgebunden, im Westen sind es 50 Prozent.

Der Vergleich des Ostens mit dem Westen führt aber auch zu Vereinfachungen. Nicht überall ist es im Westen gleichermaßen gut und im Osten gleichermaßen schlecht. Das zeigt das interaktive Online-Angebot »Ungleiches Deutschland – Sozio-ökonomischer Disparitätenbericht 2023«. Dieser sogenannte Disparitätenbericht ordnet die Bundesrepublik in fünf Cluster oder regionale Typen ein. Die erste Art von Cluster bezeichneten die Forschenden als »Deutschlands solide Mitte«. Die zweite Art von Cluster waren für sie die »dynamischen Groß- und Mittelstädte« und eine dritte Art von Cluster bildete der Typus »starkes (Um)Land«. Auf der anderen Seite stehen viertens die Cluster »ländlich geprägte Räume in der dauerhaften Strukturkrise« sowie fünftens die Cluster »städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel«. Was zeigt eine so strukturierte Karte von Deutschland? Die alten Bundesländer gehören zu »Deutschlands solider Mitte« und ein Fünftel davon zu den »dynamischen Großstädten« welche ein »starkes (Um)Land« haben. Hier und da findet man auf der Karte des Westens Einsprengsel von Regionen in »dauerhafter Strukturkrise« wie Bremen, das Ruhrgebiet und das Saarland. Der Osten zeigt sich spiegelverkehrt. Er hat zwar ein gutes Dutzend dynamische Einsprengsel. In seiner Masse aber, in vier Fünfteln des Territoriums, befinden sich im Osten »ländlich geprägte Räume in der dauerhaften Strukturkrise«. Lediglich die Hauptstadt Berlin hat im Umkreis von etwa hundert Kilometern ein Territorium generiert, welches dem Niveau von »Deutschlands solider Mitte« entspricht. Ab dem Jahr 2019 ist zum Niveau der »soliden Mitte« auch das Gebiet zwischen Rostock und Rügen hinzugekommen.

Vergleicht man die innerdeutschen Disparitäten mit anderen EU-Ländern, so relativiert sich das Bild. Die deutsch-deutschen Unterschiede sind zwar deutlicher als die in Frankreich

und Italien aber nicht stärker als in anderen Ländern der EU oder dem EURO-Raum. In der Wirtschaftsleistung ähnelt der Osten heute Finnland, Westpolen, Frankreich, Teilen Englands, Schottlands und Irlands, Nord- und West-Spaniens und Italiens. In der Champions-League hingegen spielen die Wirtschaftsräume Benelux, die alten Bundesländer, Teile Österreichs, Englands und Nord-Italiens.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus im Osten

In den Siebzigerjahren begann sich auch im Osten eine rechtextreme Szene herauszubilden, was in der DDR allerdings verheimlicht wurde. Es passte nicht zu ihrem Selbstbild als das »Bessere Deutschland« und als »antifaschistischer Staat«, in dem die Wurzeln des Faschismus mit »Stumpf und Stiel ausgerottete waren«. Rechte Gewaltausbrüche wurden in der lokalen Presse als Rowdytum abgetan. Der Sozialwissenschaftler Stefan Wellgraf beschreibt, »wie sich vor allem männliche proletarische Jugendliche in den 1970ern zunächst den Ordnungsvorgaben in Schule und Ausbildung widersetzen und wie Fußballstadien zu Anziehungspunkten für extrem ausgerichtete Jugendgruppen wurden. Die Gewalt hatte anfangs noch keine offene politische Agenda, sie diente eher als Ventil für die Unzufriedenheit mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. Auch durch die überzogen erscheinende staatliche Reaktion radikalisierte sich der jugendliche Protest gegen Ende der 1980er Jahre. Die Kritik am realen Sozialismus öffnete die Türen für rechte Orientierungen, hinzu kamen vom DDR-Staatsapparat selbst beförderte Varianten des Rassismus und Nationalismus. Der beispielsweise für Frankreich beschriebene Rechtsruck der Arbeiterschaft in den 1990er Jahren fand somit in Osteuropa schon früher statt. Mit der Wiedervereinigung änderte sich die politische Stoßrichtung des Aufbegehrens; auch der organisierte Neonazismus gewann nun im Osten Deutschlands an Einfluss.«

Die Rechtsextremen der späten DDR verfolgten alle, die andere Kulturmuster repräsentierten: ethnisch »Fremde«, Links-Alternative, Punks und Grufties, jene Gruppen, die auch der

offiziösen DDR-Gesellschaft suspekt waren. Der Staat und die Stasi hingegen sahen ihre Hauptgegner in den Ausreisewilligen und in den christlichen oder reformerischen Gruppen, da sie letztere als vom Westen gesteuert ansahen. Im Januar 1990 marschierten rechte Skinheads mit der Reichskriegsflagge an der Spitze der Montagsdemonstrationen. Überhaupt, so schätzt es der Kulturwissenschaftler Dieter Rink ein, konnten sich die Rechten nach der Grenzöffnung als Speerspitze der Bewegung für die Vereinigung Deutschlands inszenieren. Ihre damals radikalen Forderungen hatten breite Resonanz in der DDR-Bevölkerung. Ihre Beteiligung an den Montagsdemonstrationen ist als initiale Mobilisierung einer neuen sozialrevolutionären Bewegung in Ostdeutschland zu betrachten.

Bereits in der Friedlichen Revolution hatten rechte Organisationen und Parteien aus dem Westen im Osten eingegriffen. In der Nacht zum Tag der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 gab es einen Ausbruch rechtsextremer Gewalt. Es war jenes symbolische Datum, an dem die Nazis ihren Sieg feierten. In Leipzig sammelten sich Rechtsextreme aus verschiedenen Städten, darunter auch Mitglieder der »Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front« aus Franken, die damals zu den wichtigsten neonazistischen Organisationen gehörte. 150 Personen zogen vom Hauptbahnhof, bewaffnet mit Baseballschlägern, Messern, Schreckschuss- oder Reizgaspistolen, in die Innenstadt. Auf dem Markt, wo die *Gruppe Renft* spielte, schossen sie Raketen auf die Bühne und griffen die Leute an. Andere Rechtsradikale fuhren mit Jeeps durch die Innenstadt, schwenkten die Deutschlandfahne und schrien »Sieg Heil«. Die Polizei hielt sich zurück.

Gegen autonome Häuser entfesselten die »Faschos«, wie sie dort genannt worden, einen regelrechten Krieg. Am erfolgreichsten war der Angriff von zwei- bis dreihundert Rechtsextremen auf die »Kötschauer Mühle« in Zerbst. Das Gebäude war im Sommer von zwanzig Teenagern besetzt und als Jugendzentrum umfunktioniert worden. Bei der Attacke wurde die Mühle von den Rechten gezielt in Brand gesetzt. Zwei

Dutzend der Angegriffenen mussten sich aufs Dach flüchten, sahen im wahrsten Sinne des Wortes dem Tod entgegen bis in letzter Minute die Polizei den Einsatz eines Feuerwehrsprungpolsters ermöglichte. Es war für die Höhe von achtzehn Metern nicht ausgelegt, weswegen siebzehn Jugendliche zum Teil schwer verletzt wurden. In der gleichen Nacht versuchten die Rechtsextremen auch andere linke Zentren zu stürmen. In Weimar konnte der Angriff abgewehrt werden, die Zentren in Jena und Halle wurden verwüstet, das in Erfurt angezündet. Um die Angriffe auf die autonomen Zentren machten die Lokalzeitungen des Ostens nicht viel Aufhebens. Im nüchternen Nachrichtenton bezeichneten sie die angreifenden Nazis und die linken Hausbesetzer gleichermaßen als »Radikale« oder »Extremisten«. Lediglich die *Thüringer Allgemeine* titelte in einem Beitrag, als das zertrümmerte Jenaer Zentrum aufgegeben werden musste: »Ein Traum wurde radikal zerschlagen«. Zudem waren jene jungen Frauen und Männer, die als Vertragsarbeiter in die DDR gekommen waren, aus Afrika, Kuba oder Vietnam, im Visier der Rechtsextremen. Allein in der Nacht zum Vereinigungstag wurden ihre Wohnheime in Guben, Erfurt, Eisenach, Magdeburg, Hoyerswerda und Frankfurt/Oder von den »Faschos« angegriffen. Die Nacht zum Vereinigungstag war nicht der Höhepunkt. In der Nacht zum 25. November 1990 attackierte eine Gruppe Neonazis den achtundzwanzigjährigen Angolaner Amadeu Antonio. Ein Täter sprang ihm mit beiden Füßen auf den Kopf. Das Opfer starb letztlich im Krankenhaus. Im September 1991 entfesselten Neonazis ein mehrtägiges Pogrom gegen das Asylbewerberheim in Hoyerswerda. Während die Polizei unzureichend eingriff, waren zwischenzeitlich bis zu fünfhundert Rechtsextreme und Schaulustige vor Ort. Es gab zweiunddreißig Verletzte. Wieder ein Jahr später wurde das Sonnenblumenhaus in Rostock-Lichtenhagen in Brand gesteckt. Tausende Anwohner klatschten Beifall und brüllten nationalistische Parolen in die Fernsehkameras.

Die Formierung der rechten Szene des Ostens war ab 1990 durch die Gründung von Ost-Ablegern westdeutscher

Organisationen beschleunigt worden. Viele dieser Organisationen hatten jedoch wegen Verboten und inneren Auseinandersetzungen keinen langen Bestand. Anders war das bei der Freiheitliche Arbeiterpartei (FAP), die bis zu ihrem Verbot 1995 die stärkste organisatorische Kraft der Rechten im Osten war.

Die rechte und neonationalsozialistische Subkultur in Ostdeutschland zeichnet sich aber weniger durch ihre organisatorische Disziplin, sondern durch ihren Aktionismus, also durch die Ausübung von offener Gewalt, aus. Und die neue Exekutive Ostdeutschlands war in den ersten Jahren nach dem Beitritt den Rechten gegenüber schwach. Sie verhinderte die Welle der Gewalt von 1990 bis 1993 und die damit verbundene Formierung der rechten Szene nicht. Mitte der Neunzigerjahre schließlich gelang es dem Staat durch eine Reihe von Verboten zum ersten Mal die Szene einzudämmen. Zu diesem Zeitpunkt war sie aber in Ostdeutschland bereits flächendeckend vertreten, hatte bereits einige Hochburgen ausgebaut und schaffte es immer wieder, auch über die erst 2003 verbotene NPD, lokale Hegemonie zu behaupten.

Heute hat sich der Rechtsextremismus in Form der »Alternative für Deutschland« (AfD) organisiert. Die AfD ist in allen parlamentarischen Ebenen vom Bund bis zur Gemeinde vertreten. In den Medien wird die AfD als Problem des »braunen Ostens« beschrieben. (⇒ Der Osten in den Medien)

Der Osten und seine Generationen

Heute leben im Osten maximal fünf Generationen zusammen: die Ur-Ur-Großeltern, die um das Jahr 1930 geboren worden sind und die Kleinsten, die um das Jahr 2020 das Licht der Welt erblickten. Die Übermittlung der Erfahrung des Ostens kann also über 70 Jahre hinweg erfolgen. Zu den Familien gehören die Ältesten, die noch den Nationalsozialismus erlebt hatten und junge Erwachsene und Jugendliche, die im vereinigten Deutschland und in der EU auf die Welt kamen.

Nicht nur in Familien, sondern auch in der Gesellschaft können Generationen beschrieben werden. Alle paar Jahre verändern sich die Erfahrungen der Geburtsjahrgänge so typisch, dass man sie vereinfachend als neue Generationen bezeichnen kann. Für die Zeit seit der DDR hat der Autor zusammen mit dem Historiker Rainer Gries »Porträts« der Generationen skizziert. Sie zeigen die spezifischen Erfahrungen, die die Beschriebenen jeweils als Kinder, Jugendliche, und als Menschen im frühen, mittleren und späten Erwachsenenalter machten. Damit wurden auch die Möglichkeiten und Grenzen in den verschiedenen Perioden der DDR geschildert.

DDR-Jahrgänge

Die Mitte der zwanziger bis zur Mitte der dreißiger Jahre Geborenen bildeten die »*Aufbau-Generation*«. Sie sind heute, wenn sie noch leben, die Ur-Ur-Großeltern des Ostens. In der DDR dagegen hatten sie eine prägende Rolle gespielt. Ihre Kindheit verbrachten sie in den stabilen Anfangsjahren des »Dritten Reiches« und sie überstanden den vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten Krieg. Wenn sie der

Propaganda für Antikapitalismus und Frieden folgten oder sich aus anderen Gründen der Herrschaft in der SBZ und der DDR beugten, konnten sie von einem sozialistisch geprägten Bildungsaufstieg profitieren. Dann übernahmen sie alsbald die mittleren Führungsebenen in Verwaltung, Wirtschaft und Kultur. Die »*Aufbau-Generation*« wurde zur eigentlichen Träger-Generation der DDR. Zwar blieb sie dabei immer unter strenger politischer Kontrolle der SED-Führung, dennoch prägte sie das Gesicht des DDR-Alltags. Ein großer Teil der »*Aufbau-Generation*« war eher konformistisch orientiert, ein anderer Teil sah sich durchaus der Idee des Sozialismus verpflichtet. Ihre Altersgenossen, die sich mit der DDR nicht arrangieren konnten, gingen in den Westen. Als die DDR zusammenbrach, hatte diese Generation auch das Ende ihres Arbeitslebens und den Ruhestand erreicht. Die um die Mitte der Dreißiger- bis etwa Mitte der Vierzigerjahre Geborenen ist die »*Funktionierende Generation*«. In der DDR stand sie beruflich in der zweiten Reihe und nach dem Beitritt zur Bundesrepublik konnten sie daran auch nicht viel ändern.

Derzeit scheiden die in den Fünfzigerjahren Geborenen aus dem Arbeitsleben des Ostens aus. Im Westen werden diese Jahrgänge den Babyboomern zugerechnet. Für das Verständnis des Ostens ist die Bezeichnung »*Integrierte Generation*« erhellender. Die Mütter und Väter der »*Integrierten*« entstammen der »*Aufbau-Generation*«. Noch bevor die Angehörigen der »*Integrierten Generation*« Jugendliche wurden, war die Mauer gebaut. In der Schule und an den Hochschulen wurden sie schon von der ersten Generation der sozialistischen Intelligenz – den Angehörigen der »*Aufbau-Generation*« – erzogen. Sie erlebten, wie es mit der DDR und ihrem eigenen Leben materiell und kulturell aufwärts ging. Politisch identifizierte sich ein vergleichsweise großer Teil der »*Integrierten*« mit der sozialistischen Utopie, mit der Erzählung vom Antifaschismus und von der Sowjetunion als Befreierin vom Hitlerfaschismus. Sie wünschten sich eine Reform zum »demokratischen Sozialismus«. Als die demokratische Herbstrevolution

1989/90 ihren raschen Schwenk auf den Beitritt vollzog, waren sie überrollt. In der Mitte ihres Lebens stehend schulterten sie dann den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umbau der Neunzigerjahre. Ein Fünftel der Männer und ein Viertel der Frauen von ihnen erlebten soziale Abstiege.

Die von den Sechziger- bis zu den frühen Siebzigerjahren Geborenen sind die »*Entgrenzte Generation*« oder, wie sie der Kulturwissenschaftler Bernd Lindner bezeichnet, die »*Generation der Nicht-Mehr-Eingestiegenen*«. Beide Etiketten beziehen sich auf die kulturelle und politische West-Orientierung dieser Generation. Anders als bei großen Teilen der »*Integrierten Generation*« verfiel die sozialistische Propaganda hier nicht mehr. Die »*Entgrenzten*« wuchsen in einer modernen sozialistischen Wohlstandsgesellschaft auf, als Sprösslinge der Kriegs- und Nachkriegskinder waren sie in ihrer Mehrzahl leistungsorientiert, pragmatisch und keine politischen Visionäre. Aus den Reihen der »*Entgrenzten*« oder der »*Nicht-Mehr-Eingestiegenen*« rekrutierten sich auch die alternativen Milieus der DDR, die bunte, aber auch die braune Subkultur. Die drei bekannten Köpfe der zwischen 2000 und 2006 mordenden rechtsextremen Terrorgruppe »Nationalsozialistischer Untergrund« (NSU) stammen aus den Jahrgängen 1973, 1975 und 1977. Ebenso pragmatisch, wie die »*Entgrenzten*« in der DDR nach ihrem Glück strebten, taten sie das auch im vereinigten Deutschland. Sie schlossen ihre Ausbildung schon nach West-Standards ab oder beschritten mit Abitur und Studium jene Bildungswege, die ihnen die DDR verwehrt hatte. Doch vielen von ihnen nützte das nichts. Ein Viertel der Frauen und Männer erlebten soziale Abstiege.

Die Ostdeutschen, die von Mitte der Siebziger bis 1989 geboren wurden, bezeichnet man als »*Wende-Kinder*« oder »*Wende-Jugendliche*«. Hier entscheiden schon wenige Jahre darüber, welche Erfahrungen sie im Umbruch des Ostens machen konnten. Die »*Wende-Kinder*«, lebten noch bis zum Kollaps der DDR geborgen in einer sozialistischen Kinderwelt. Für sie war die Revolution, der Umbruch und Transformation

bestenfalls schwer zu verstehen oder eine massive Verunsicherung. Für die Älteren aber, die »Wende-Jugendlichen«, brach eine deutlich turbulenterere Zeit an. Der Zusammenbruch der Autoritäten der DDR, die allgemeine Offenheit und Regellosigkeit war für Jugendliche ein besonderes Erlebnis. »Wir ziehen die Freiheit auf Lunge / von Null auf Hundert eine Sekunde« beschreibt der Rapper Romano (*1977) die Atmosphäre dieser Zeit. Die »Wende-Jugendlichen« brachen manchmal die Lehre ab, um das bislang verwehrtete Abitur zu machen und zu studieren. Andere mussten die Lehre abbrechen, da ihre Betriebe oder deren sogenannten »nichtproduktiven Bereiche« geschlossen wurden. Die jungen Leute wurden in überbetriebliche Ausbildungsgesellschaften überführt. Diese Ausbildung hatte eine andere Logik als die *im* Betrieb und *für* den Betrieb. Die Auszubildenden waren oft frustriert, lernten wenig und wussten, dass sie auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbar waren. In dieser Generation überwiegt die Quote des sozialen Abstiegs, welche um die 30 Prozent liegt, leicht die Quote der sozialen Aufstiege. Das zeigt auch ein Befund des Soziologen Jörg Hartmann: Die Wendekinder haben immer noch »dauerhafte Nachteile« wenn es um die Erringung von Führungspositionen geht.

Angesichts dieser Zahlen blickt der Soziologe Steffen Mau auf frühere Erwartungen hinsichtlich der Aufstiegschancen von Ostdeutschen infolge der Wiedervereinigung. Langfristig haben sie sich nicht erfüllt. Während in den Neunzigerjahren noch jeder dritte ostdeutsche Sohn eine bessere Klassenposition als sein Vater erreichte, gelingt das 30 Jahre nach dem Beitritt nur noch 25 Prozent. In Westdeutschland sind das noch 38 Prozent. »Von den westdeutschen Männern steigen mehr als doppelt so viele auf wie ab; in Ostdeutschland halten sich Auf- und Abstiege die Waage.« Und dass, obwohl heute ansonsten »eine Aufwärtsbewegung der Sozialstruktur« beobachten sei. »Mit höheren Bildungsabschlüssen, berufsstrukturellem Wandel, Technisierung und der zunehmenden Bedeutung des wissensintensiven Dienstleistungsbereichs

kommt es tendenziell zu einer Umschichtung nach oben. Niedrige Aufstiegsraten bedeuten also, dass Gruppen unterproportional daran partizipieren und zurückfallen. Wenn man zudem noch einrechnet, dass in Ostdeutschland die unteren Lagen stärker besetzt sind, weshalb die statistische Wahrscheinlichkeit für Aufstiege höher ist, wiegt dieser Befund doppelt schwer.«

Es gab und gibt immer wieder generationenspezifische Initiativen, in denen engagierte Ostdeutsche ihre Wurzeln und ihre Problemlagen reflektieren, wie beispielsweise die »Dritte Generation Ost« (2010), »Wir sind der Osten« (2019) seit 2022»(K)Einheit – Wie die Gen Z über den Osten denkt«.

Der Osten und seine Jugend heute

Gleiche Probleme in Ost und West

Heute gleichen sich die jungen Menschen im Osten und im Westen in Vielem. Das zeigt eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung von 2023 mit dem vielsagenden Titel: »Auf der Suche nach Halt. Die Nachwendegeneration in Krisenzeiten«. Die nach 1989 Geborenen in West und Ost sind krisenmüde und von den Anpassungen der letzten Jahre überfordert. Allen scheint es jedoch auch klar zu sein, dass noch weitere Krisen folgen werden und man befürchtet, dass Deutschland ohne Verschnaufpause von einer in die nächste stolpert. Es fehlt den jungen Menschen an einer positiven Zukunftserzählung.

Im Alltag sehen sich die jungen Menschen mit hohem Leistungsdruck, ausgeprägten finanziellen und in einzelnen Fällen auch existenziellen Sorgen konfrontiert: Wohnraum ist knapp, bei den Mieten und in vielen anderen unverzichtbaren Bereichen steigen die Preise schneller als das eigene Einkommen. Viele sprechen davon, dass sie finanzielle Probleme an der Gründung einer Familie hindern. Und vor allem die ältere Nachwendegeneration thematisiert die Herausforderung, angesichts steigender Zinsen zu einem Eigenheim zu kommen. Neben diesen, die konkrete individuelle Lebensplanung betreffenden Problemen, beschäftigen viele junge Menschen auch die größeren gesellschaftlichen und politischen Veränderungen: Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, der fortschreitende Klimawandel, technologischer Fortschritt durch Künstliche Intelligenz sowie demografischer Wandel und Fachkräftemangel. »Weil die persönlichen, alltäglicheren

Herausforderungen derzeit aber relevanter sind«, so fasst die Studie zusammen, »werden diese großen Themen für einige eher zum anstrengenden Hintergrundausräumen. Die Alltagsbewältigung lässt wenig Raum, um groß zu denken.«

Die Suche nach Stabilität und Sicherheit drückt sich in einem Rückzug ins Private und dem Streben nach traditionellen Lebensentwürfen aus: Familiengründung, Eigenheim, Karriere. Es zeigt sich aber auch in Gedanken ans Auswandern, die mit der Hoffnung verknüpft werden, dort bessere Karriere- und Aufstiegs-Chancen sowie Wohlstand zu finden. Die Idee des Auswanderns ist hier nicht postmaterialistisch begründet, durch Neugier und Selbstverwirklichung, sondern durch das Streben nach Sicherheit. Die als angespannt wahrgenommene persönliche und gesellschaftliche Situation führt dazu, dass sich die jungen Menschen stärker nach unten abgrenzen. Beispielsweise wird betont, dass Obdachlose für ihre Lage selbst verantwortlich seien. Einige Interviewten zeigen auch nationalistisch-protektionistische Haltungen: In der aktuellen Lage müsse man sich als Land erst einmal um die eigene Bevölkerung kümmern und weniger um Geflüchtete.

Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahre 2025 listete auf, was diese Jahrgänge als die fünf wichtigsten Statussymbole ansehen: »Das sind als erstes ›Intelligenz‹ (37 Prozent), danach folgen ›beruflicher Erfolg‹ (27 Prozent), ›Fitness – ein athletischer Körper‹ (24 Prozent), ›Reisen‹ (21 Prozent) und ›schönes Aussehen‹ (20 Prozent). Beruflicher Erfolg ist in den Augen dieser Altersgruppe gekennzeichnet durch das Gehalt, flexible Arbeitsbedingungen, ›coole Projekte‹, die Möglichkeit, ›remote‹ arbeiten zu können, und das, was man auf Karriereplattformen wie LinkedIn über sich posten kann. Im Gegensatz zu den Statussymbolen der Babyboomer-Generation (›Haus, Auto, Boot‹), bedeuten die neuen Statussymbole einen höheren psychischen Druck, denn« so folgert die Studie, »Eigenschaften wie Intelligenz und Schönheit sind zum Teil genetisch bedingt und allein durch Fleiß nicht zu erreichen.«

Von der Politik erwartet man wenig. Das ist noch ein markanter Punkt der eingangs referierten Studie der Otto-Brenner-Stiftung von 2023. Denn die Politik reflektiere die Probleme der jungen Generation einfach nicht. Und man spricht der Politik auch wenig Lösungskompetenz zu. Den nach 1989 geborenen jungen Menschen fehlt es an Erfahrungen einer wirksamen politischen Teilhabe. Politik wird vor allem als Fremdbestimmung wahrgenommen. Die gesellschaftliche Stimmung wird als gespalten und verhärtet empfunden. Viele meiden politische Diskussionen und ziehen sich ins Private zurück.

Die Jugend des Ostens und ihre Besonderheiten

Neben diesen West-Ost-Gemeinsamkeiten gibt es auch Eigenheiten der ostdeutschen Jugend. So ist für viele ihre ostdeutsche Herkunft und die aktuellen Zuschreibungen hierzu bedeutsam. Im Jahr 2019, dreißig Jahre nach dem Mauerfall, sahen sich 22 Prozent der von 1990–2001 Geborenen »am ehesten als Ostdeutsche«. Das zeigt eine Studie der Otto-Brenner-Stiftung aus dem Jahre 2019.

Auch die bereits zitierte Nachfolgestudie kommt vier Jahre später, 2023, zu dem Ergebnis, dass für die jungen des Ostens die »Herkunft Ost« immer noch präsent ist. In dieser Studie nutzte man auch das sozialwissenschaftliche Instrument der Gruppendiskussion. In einer Variante waren die Gruppen rein ostdeutsch beziehungsweise rein westdeutsch zusammengestellt – ohne dass die Angehörigen der Gruppen über das Arrangement informiert wurden. Interessant war, dass die Ostdeutschen schnell von alleine herausfanden, dass sich in ihrer Gruppe nur Ostdeutsche befanden. Die West-Gruppe musste erst durch die Moderatoren auf die besondere Zusammenstellung ihrer Gruppe hingewiesen werden. Das illustriert: Für die Ostdeutschen ist ihre Identifikation – oder Etikettierung – als Ostdeutsche immer noch ein Thema. Für die Westdeutschen sind ihre Wurzeln so sehr normal, dass sie diese

gar nicht reflektieren. Das zieht sich bis heute durch. Im Jahr 2024 resümiert der Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung: »Auch über dreißig Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung bildet Ostdeutschland einen Raum und einen Erfahrungshintergrund, der das Leben und Aufwachsen von jungen Menschen auf spezifische und nachhaltige Weise beeinflusst. Ostdeutschland ist dabei nicht nur als historisch-politischer und geografischer Raum zu begreifen, sondern auch als »diskursiver Raum, in dem gesellschaftliche Neuaushandlungen stattfinden«» Zu diesen »Neuaushandlungen« gehört auch, was das Etikett »ostdeutsch« bedeutet. Die Jugend des Ostens spürt, dass die Rede über den Osten immer wieder negative Zuschreibungen – wie Abwanderung, Armut, Zurückgebliebenheit und Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus – transportiert, und dass damit ihr Selbstwert und ihre Herkunft angegriffen wird. Sie reagieren darauf mit Ost-Stolz oder mit Verunsicherung oder Schweigen.

In vielen Teilen des Ostens sind die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und der außerschulischen Kinder- und Jugendbildung weniger stark ausgeprägt und differenziert als im Westen. Sie verfügen darüber hinaus über ein geringeres Sachmittelbudget. Das schlägt sich auch nieder in der durchschnittlichen wöchentlichen Öffnungsdauer der Jugendzentren im Osten. Gab es in den ostdeutschen Landkreisen früher ein besseres Angebot der offenen Kinder- und Jugendarbeit, so beginnt es nun wegen der finanziell bedingten Schließung von Einrichtungen auf das Niveau der westdeutschen Bundesländer abzusinken. Zwei von drei jungen Menschen im Osten sehen sich gegenüber Gleichaltrigen im Westen als benachteiligt an. Das könnte auch zu den Wegzügen und dem »Frust der Übriggebliebenen« beitragen. Auch ohne die Vorstellung, dass es die Gleichaltrigen im Westen besser hätten, ist die Jugend des Ostens nicht zufrieden. »Die Ausbildungsstudie von McDonald's Deutschland« aus dem Jahre von 2019 fand heraus, dass nur 66 Prozent der jungen Ostdeutschen mit ihrem Leben zufrieden sind, im Westen sind das 76 Prozent. Von

den seit 2000 geborenen jungen Frauen und Männern schätzten 48 Prozent Ostdeutschen ihre Berufschancen im Westen Deutschlands besser ein, als zu Hause. Die Westdeutschen bevorzugen die alten Bundesländer zu 54 Prozent. Laut Kinder- und Jugendbericht von 2024 sehen beide Gruppen den Westen »aufgrund guter Verdienstmöglichkeiten, eines großen Angebots an Arbeitsplätzen, hoher Lebensqualität, vieler interessanter Arbeitgeber und guter Karrierechancen im Vorteil«.

Das zeigt sich auch darin, wo junge Menschen ihr Studium beginnen. Im Jahr 2023 taten das nur 43 Prozent der Studienanfängerinnen und -anfänger im Osten. Bei den ostdeutschen Schülerinnen und Schülern ist das Bild ähnlich. Nur 46 Prozent von ihnen wollen später in der Region bleiben, genauso viele, 45 Prozent der Befragten wären zu einem Umzug in den Westen bereit. Bei den jungen Westdeutschen, zum Vergleich, wollen 60 Prozent ihrer Region treu bleiben und ein Umzug nach Ostdeutschland käme nur für 22 Prozent der Westdeutschen in Frage. Für Ostdeutschland spricht für beide Gruppen lediglich, dass der Wohnraum nicht so teuer wie im Westen ist. Bei den Themen Kinderbetreuungsmöglichkeiten und gutem Arbeitsklima gehen die Meinungen auseinander.

Demografie des Ostens

Die Trends von 1871 bis 1945

Schicksal und Zukunft eines Landstrichs lassen sich an seiner Wanderungsbilanz und Geburtenrate ablesen. Sie widerspiegeln das Zutrauen der Bevölkerung in die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Die Einwohnerzahl bildet neben dem verfügbaren Kapital die wichtigste Zukunftsressource einer Region.

Der Osten hatte bis 1949 keine Abwanderung hinzunehmen. Mit der Industrialisierung von 1870 bis 1920 wuchs die Bevölkerung stärker als in Westdeutschland. Dieser Trend vertiefte sich mit der nationalsozialistischen Aufrüstung im mitteldeutschen Raum erneut. Der Zustrom der Vertriebenen des Zweiten Weltkriegs führte von 1945 bis 1949 noch einmal zu einer Zunahme der Bevölkerung. Doch wenige Jahre nach Kriegsende setzte eine Dynamik ein, die – mit einer Unterbrechung von 1977 bis 1990 – einen anhaltenden Abwanderungsverlust des Ostens mit sich brachte.

Abwanderung bis 1990

Nach Gründung der DDR 1949 bis zur vollständigen Grenzschließung 1961 gingen über 3 Millionen Menschen in den Westen. Hierzu gehörten auch etwa ein Drittel der Akademiker und Akademikerinnen der DDR. Von da an bis zur Grenzöffnung 1989 verlor der Osten noch einmal 600.000 Menschen durch deren Flucht, auch über Drittländer, durch genehmigte

Ausreisen oder über den Häftlingsfreikauf. Damit war die DDR eines der wenigen entwickelten Länder, die in der Nachkriegszeit eine starke Abwanderung erlitten. Es waren jüngere Menschen, die Hälfte von ihnen unter 25 Jahren und sie waren gut ausgebildet. Viele Männer und Frauen hatten als Spezialisten, als Ärzte und Ingenieure gearbeitet. Am Ende der DDR war die Bevölkerung überaltert.

Nach der Grenzöffnung am 9. November 1989 ging die Abwanderung weiter. Allerdings begannen sich die Motive hierfür zu verschieben. Wollte man anfangs einer möglichen Restauration der SED-Diktatur ausweichen, ging es nach dem Beitritt am 3. Oktober 1990 darum, an den besseren Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten in den alten Bundesländern teilzuhaben.

Abwanderung nach 1990

Der Aderlass des Ostens ging also nach 1990 weiter und er hatte zwei Dimensionen: Abwanderung und Geburteneinbruch.

Fast ein Viertel der ursprünglichen DDR-Bevölkerung, knapp 3,7 Millionen Menschen, zog nach 1990 aus dem Osten in den Westen. Dem gegenüber standen die gut 2,4 Millionen Zuzüge aus dem Westen. Insgesamt verlor damit der Osten im Zeitraum von 1990 bis 2018 1,3 Millionen Einwohner.

Auch hierbei sind nicht nur die Zahlen wichtig. Von denen, die in den ersten 20 Jahren der Einheit in den Westen gingen, waren 40 Prozent im Alter zwischen 18 und 30 Jahren. Sie hatten meist höhere Bildungsabschlüsse. Knapp mehr als die Hälfte, 55 Prozent, waren Frauen, also jene, die dem Osten später als Mütter fehlen würden.

Zudem gibt es heute in verschiedenen Regionen des Ostens bei jungen Erwachsenen ein Frauendefizit, das es so großflächig in der Europäischen Union sonst nirgends gibt. Ursachen für diese Flucht aus dem Osten sind nicht nur die schlechten

Berufs- und Verdienstmöglichkeiten, sondern auch, dass Frauen mit einer größeren Entschlossenheit Regionen mit schlechten Perspektiven verlassen.

Im Jahr 2019 stellte »Zeit online« unter dem Titel »Die Millionen, die gingen« eine interaktive Karte bereit, die Wanderungsbewegungen räumlich detailliert und Jahr für Jahr protokollieren. Wie das meiste, so hat auch die Abwanderung regionale Unterschiede. Am stärksten waren Sachsen-Anhalt und das südliche Brandenburg betroffen, Sachsen dagegen weniger.

Der Abwanderungsverlust des Ostens setzte nach einer Pause von 2017 bis 2022 wieder ein. In den Jahren 2023 und 2024 verlor der Osten 7.000 Personen jährlich an den Westen.

Geburteneinbruch nach 1990

Um die Demografie des Ostens zu verstehen, muss man einmal auf die Neunzigerjahre zurückschauen. Die Verunsicherungen der Neunziger führten bei jenen, die im Osten geblieben waren, zu einem dramatischen Geburteneinbruch. Während die durchschnittliche Kinderzahl je Frau in der DDR 1987 noch bei 1,75 Kinder lag und im Jahr der Vereinigung 1990 immerhin noch bei 1,5, stürzte sie danach in historischem Ausmaß ab. Im Jahr 1994 erreichen die ostdeutschen Geburtenziffern mit 0,77 ihren Tiefststand. Es hat zehn Jahre bis zu einer Annäherung an das Geburtenniveau der westdeutschen Frauen gebraucht, das seit der Vereinigung im Wesentlichen stabil geblieben ist. Heute liegt die gesamtdeutsche Geburtenquote bei 1,4 – im Westen leicht darunter, im Osten leicht darüber. Die Kinder, die in den Neunzigerjahren im Osten nicht geboren wurden, können heute keine Eltern werden. Stattdessen sind die jungen Leute, die in den Neunzigern in den Westen gewandert sind, Eltern geworden oder haben ihre Kinder dort aufgezogen. Sie »verjüngen« nun den Westen, bremsen etwas die Überalterung, während im Osten die Überalterung stärker

zunimmt. Hier ist heute ein Viertel der Bevölkerung im Rentenalter.

Diese historische Lücke ist nicht mehr zu schließen. Deshalb verringert sich die Bevölkerung inzwischen nicht mehr durch Abwanderung: Es werden nun weniger Kinder geboren als alte Menschen sterben. Im letzten Jahr starben anteilig 1,6 Prozent der Bevölkerung, aber nur 0,7 Prozent wurden geboren – über die Hälfte weniger. In Westdeutschland war das Verhältnis günstiger. Hier lag die Sterberate bei 1,2 Prozent, während 0,9 Prozent geboren wurden. Besonders stark trifft es die Schrumpfreionen auf dem Land, während das in Städten wie Dresden, Leipzig, Potsdam und Jena anders ist. Dort war das Verhältnis zwischen Geburten und Sterbefällen zeitweise sogar positiv.

Auswirkungen der Abwanderung auf den Osten

Die überdurchschnittlich hohe Abwanderung qualifizierter junger Menschen wird nicht nur den künftig auftretenden Fachkräftemangel ostdeutscher Betriebe verschärfen. Darüber hinaus kommt es in der – regional unterschiedlich betroffenen – ostdeutschen Bleibegesellschaft zu anderen negativen Effekten. Die bisweilen problematischen Auswirkungen des Männerüberschusses auf Partnersuche und Familiengründung, Kriminalität und Wahlverhalten sind jetzt schon dokumentiert.

Eine weitere demografische Besonderheit der ostdeutschen Gesellschaft besteht in ihrem geringen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund. Ihre Quote schwankt in den ostdeutschen Flächenländern, also ohne Berlin, um sieben Prozent, in den alten Bundesländern liegt der Wert bei 29 Prozent. Hinzu kommt, dass hochqualifizierte Ausländer, auch aus der EU, lieber in den Westen oder nach Berlin ziehen als in den Osten.

Heute ist die Bevölkerung im Osten im Vergleich zu der im Westen älter, ärmer, »männlicher« und sie ist stärker in ländlichen Räumen konzentriert. Zudem liegt in einigen der neuen

Bundesländer die Schulabbrecherquote über dem Bundesdurchschnitt. All diese Faktoren bedingen auch im Westen eine Affinität zu konservativem Populismus, aber hier treten sie nicht so konzentriert auf.

Die Demografie des Ostens von 1871 bis 2019

Der Volkswirtschaftler Felix Rösel nahm die Bevölkerungszahlen des Ostens und des heutigen Westdeutschlands über die Zeit von 1871 bis heute in den Blick. Er diagnostiziert eine »Teilungslücke«, die sich seit 1949 vergrößert und den Osten auf den Stand von 1905 zurückfallen ließ. Aus seiner Sicht wirft die gewählte Langfristperspektive »ein neues Licht auf die aktuellen Diskussionen um die vor allem im Osten zu beobachtende Veränderung der politischen Landschaft sowie die künftige Ausrichtung der ostdeutschen Förderpolitik. Vor dem Hintergrund der im Osten stark gesunkenen Arbeitslosenquoten, der modernen Infrastruktur und der hübsch sanierten Städte und Dörfer besteht in weiten Teilen Westdeutschland ein großes Unverständnis über die zunehmende Unzufriedenheit vieler Ostdeutscher. Die nach 1949 entstandene »Teilungslücke« offenbart eine bisher kaum diskutierte mögliche Wurzel dieser steigenden Unzufriedenheit. Der seit 1949 anhaltende Bevölkerungsschwund prägt die ostdeutsche Bevölkerung möglicherweise mehr als bisher angenommen. Erschwerend kommen außerdem neue Enttäuschungen hinzu, dass die ersehnte Transformation zu Demokratie und Marktwirtschaft nach 1990 am Auseinanderdriften von Ost und West nichts änderte, ganz im Gegenteil. Aufgrund der langfristigen Entwicklung überlagert diese möglicherweise alle Momente wie die gegenwärtige Entspannung am Arbeitsmarkt oder den Anstieg der Einkommen seit 1990.« (Siehe: Abbildung im Anhang, S. 111)

Der Osten und der Zusammenprall der Kulturen

Der Zusammenprall der Kulturen war weder von den Westdeutschen noch von den Ostdeutschen erwartet worden. Es trafen zwei unterschiedliche Normalitäten aufeinander. (=> Neue Gesellschaft mit neuem Weltbild) Doch das wurde nicht so neutral abgebildet und von den Ostdeutschen auch nicht so erlebt. Denn aufgrund der Mehrheiten und Machtverhältnisse im vereinigten Deutschland, galt nun die »Ost-Normalität« als falsch und veraltet. Hierzu gehörten auch Wertvorstellungen und eingeübte Verhaltensmuster. Soziale Ungleichheit beispielsweise empfanden 1996 45 Prozent der Westdeutschen als gerecht und produktiv, aber nur 12 Prozent der Ostdeutschen. Ähnlich befremdlich erschien den Ostdeutschen, welche Rolle die Frauen in der Wirtschaft, Gesellschaft und Familie der neuen Gesellschaft spielen sollten. In der DDR waren Frauen aufgrund ihrer hohen Erwerbsquote wirtschaftlich nicht von ihren Männern abhängig und es gab auch ein anderes Verhältnis zur Ehe als im Westen. Nach dem Beitritt sollten sich die Ost-Frauen dem Rollenverständnis für Westfrauen angleichen und sich auf für Frauen restriktivere Gesetze einstellen. Wo es möglich war, lebten Gewohnheiten aus der DDR weiter. Bei Ehe-Scheidungsverfahren beispielsweise strebten in den 1990er Jahren nicht einmal 25 Prozent der ostdeutschen Frauen an, dass die Unterhaltsfrage verhandelt würde, bei den westdeutschen Frauen lag die Quote bei über 52 Prozent. Auch die aus der DDR überkommenen Vorstellungen über die Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft lebten weiter.

Der Sozialpsychologe Wolf Wagner, ein Professor, der in den Neunzigern in die Neuen Bundesländer kam, ging den

dabei erlebten kulturellen Reibungen systematisch auf den Grund. Er wandte dabei das in der Wissenschaft bekannt Erklärungsmodell des »Kulturschocks« an. Diesem Modell gemäß beruht im Alltag eine gelingende Kommunikation auf unreflektierten kulturellen Codes und eingeübten Mustern. Die Menschen denken über ihre Routinen gar nicht nach, sie fallen ihnen oft nicht auf, vielmehr werden sie im eigenen kulturellen Kontext tagtäglich immer wieder bestätigt. Wenn aber Personen aus unterschiedlichen Kulturräumen miteinander umgingen und auch dann natürlich die gewohnten Muster einsetzen, würden diese nicht mehr in gewohnter Weise »funktionieren«, man versteht sich nicht mehr hundertprozentig und es kommen Frustrationen auf. Der Autor hat das in Experimenten mit deutsch-deutschen Gruppen deutlich gemacht und nach drei Jahren noch einmal überprüft. Wagner maß in seinen Experimenten ganz verschiedene Dimensionen, beispielsweise die der »Konfliktbereitschaft«. Während sie bei den Ostdeutschen geringer ist und hier auch Personen, die »in den Konflikt« gehen, tendenziell negativ bewertet werden, ist das bei den Westdeutschen anders. Ein Konflikt wird als positiv gesehen, da er nötig ist, um die Sache voranzubringen, und im Übrigen können die Beteiligten sich profilieren und zeigen was in ihnen steckt. In der von Wolf Wagner rekonstruierten »Missverständnismatrix« schrieben die Westdeutschen den Ostdeutschen zu, dass diese »steif, altmodisch, inflexibel, unselbständig, fortschrittsfeindlich, larmoyant, unersättlich, kleinkariert, empfindlich, unfreundlich, feige, scheinheilig, autoritär, naiv, sexistisch« seien. Die ostdeutschen Sichtweisen auf die Westdeutschen waren ebenfalls wenig schmeichelhaft. Die anderen seien demnach »arrogant, distanziert, unhöflich, berechnend, einzelgängerisch, konkurrenzfixiert, oberflächlich, abweisend, falsch, aggressiv, dominant, unsensibel, zynisch, verstiegen« gewesen. Jede Teilkultur war in sich stimmig. Das Problem entstand, weil übersehen oder nicht akzeptiert wurde, dass es zwei Teilkulturen waren und dass die »Jammer-Ossis« aus den vorgenannten Gründen schlechtere

Karten als die »Besser-Wessis« hatten. Die Westdeutschen reproduzierten ihre Wahrnehmungen in den Medien, und viele Ostdeutsche zogen sich ins antiwestdeutsche Ressentiment zurück.

Der Zusammenprall der Kulturen war kein Zusammenprall der Ideologien. Schließlich hatten die Ostdeutschen 1990 in großer Mehrheit dem Sozialismus Lebewohl gesagt. Es war ein Zusammenprall von Sozialisationsmustern, von denen Personen, die sich gegen die SED-Diktatur engagiert hatten, ebenso geprägt waren, wie jene, die angepasst gelebt oder den Sozialismus befürwortete hatten. Auch zwischen ideologisch verwandten Milieus bestand der Ost-West-Krach, wie der Soziologe Detlef Pollack beobachtete: »Die Skepsis gegenüber dem kleinkarierten Deutschland und die Aufgeschlossenheit für das Andere, verkehrte sich in der Kommunikation mit den Ostdeutschen in eine merkwürdige Verteidigung der Bundesrepublik, der in ihr entstandenen Institutionen, Verkehrsformen und Normen und in ein auffälliges Bedürfnis, die Zugewanderten zu belehren. Vom Aufbegehren der '68er gegen das Establishment war nach dem Mauerfall nur wenig zu spüren. Offenbar waren die Milieus, die sich 1968 herausgebildet hatten, inzwischen mit dem Bürgertum verschmolzen und ihrerseits hegemonial geworden. Selbst im Alternativmilieu, in dem man sich in Ost und West nahe zu sein schien, rieb man sich noch an den kleinen Differenzen. Die Abstoßungsreaktionen zwischen den Grünen aus Ost und West, den Punks in Ost- und Westberlin sowie unter den feministischen Gruppen aus den jeweiligen Landesteilen waren besonders harsch.«

Und schließlich gehörte noch zum Zusammenprall der Kulturen die ostdeutsche Erfahrung, dass überall westdeutsche Eliten die Geschicke des Landes lenkten. (⇒ Wer beherrscht den Osten?)

Der Osten und die Demokratie

Demokratiezufriedenheit im Osten

Die fehlende demokratische Tradition des Ostens (⇒ Keine Erfahrungen mit der Demokratie) schmälerte jedoch nicht die Zustimmung seiner Bevölkerung zur Idee der Demokratie. Es gibt Messreihen zur Frage »Glauben Sie, dass die Demokratie die beste Staatsform ist?« Die Menschen des Ostens »starteten« 1990 mit respektablen 70 Prozent Zustimmung, erreichten im Jahr 2000 einen ersten Höhepunkt mit 78 Prozent, einen ersten Tiefpunkt im Jahr 2007 mit 56 Prozent und einen weiteren Höhepunkt mit 86 Prozent im Jahr 2010. Die Messreihe endet 2014 mit 82 Prozent Zustimmung. Die entsprechende Westkurve schwankt zwischen 86 und 96 Prozent. Sie hat ihre Gipfel und Täler in den gleichen Jahren wie im Osten, ist aber weniger volatil. Viel größer werden die Unterschiede zum Westen aber, wenn nach »Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland« gefragt wird. Die lag bei den Ostdeutschen 1991 nur bei 43 Prozent, sank 1996 noch mal auf 39 ab, quälte sich von 1998 bis 2008 durch einen Korridor von Werten über 50 Prozent um schließlich erst 2014 bei 67 Prozent anzukommen.

Jede statistische Darstellung vereinfacht aber auch. Betrachtet man das Problem mit höherer Auflösung, zum Beispiel die Unterschiede in Sachsen, kommt man zu interessanten Ergebnissen. Im Jahr 2018 lag die Demokratiezufriedenheit im Regierungsbezirk Leipzig in etwa so hoch wie in Westdeutschland (71 Prozent Leipzig und 73 Prozent alte Bundesländer), in den Regierungsbezirken Chemnitz (55 Prozent) und Dresden

(52 Prozent) hingegen sogar deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 61 Prozent. Man kann also nicht über die Demokratie bei »den Ostdeutschen« oder »im Osten« reden, sondern es kommt auch auf die Situation in der Region an. Allerdings findet man in westdeutschen Regionen mit »Transformations-Schock« keine so geringe Demokratiezufriedenheit wie im Osten. Das, und viele andere Messdaten lassen Wissenschaftler den Osten und seine Bevölkerung als unter einem »doppelten Transformations-Schock« stehend beschreiben, – den der Transformation in den Jahrzehnten nach dem Beitritt und dem der damit zusammenfallenden Globalisierung. (⇒ Der Osten und die Ostdeutschen 35 Jahre nach der Vereinigung)

Wahlverhalten und Parteienbindung im Osten

Der Osten hatte schon immer etwas anders gewählt als der Westen. Seit den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen 1990 war das ostdeutsche Zweitstimmenergebnis der Partei »Die Linke« (und ihren Vorgängerinnen) verlässlich zweifelhaft. Es lag minimal bei 10,3 Prozent, maximal bei 28,5 Prozent. Die FDP dagegen schaffte es im Osten nur zweimal über 10 Prozent. Auch die im Vergleich zum Westen schwache Position von »Bündnis 90/ Die Grünen« fällt auf, die Partei blieb in ihrem Zweitstimmenergebnis immer unter 10 Prozent. Am auffälligsten ist jedoch das Ergebnis der AfD. Sie erhielt bei den Bundestagswahlen 2017 und 2021 jeweils gut 20 Prozent der ostdeutschen Zweitstimmen und steigerte sich 2025 auf 34,6 Prozent.

Der Osten wählt auch volativer, man kehrt Parteien schneller den Rücken, wenn die »Leistung der Politik« nicht zufriedenstellend erscheint. »Wir haben alles ausprobiert«, erklärte einmal ein ostdeutscher Wähler, »die CDU, die SPD, die PDS und jetzt eben die AfD«. Anders als im Westen, wo sich – bisweilen lebenslange – Bindungen an die zu wählenden Parteien

herausbilden konnten, ist das im Osten nicht der Fall. Zudem ist hier die Personaldecke der Parteien dünn. Da natürlich im Osten viel weniger Menschen wohnen als im Westen, kann man nicht die Mitgliederzahlen der Parteien zwischen Ost und West vergleichen. Die Sozialwissenschaft misst stattdessen die sogenannte »Rekrutierungsfähigkeit« der Parteien, also ihr Vermögen, geeignetes Personal zu finden. Es stellt sich heraus, dass diese »Rekrutierungsfähigkeit« in den alten Bundesländern 1,7 mal höher ist. Im Osten finden also, grob gesagt, Jahr für Jahr fast halb so viel Menschen zur Mitarbeit in eine Partei. Allerdings gibt es zwei Parteien, die derzeit im Osten eine höhere »Rekrutierungsfähigkeit« als im Westen haben und auch mehr Wählerstimmen für sich verbuchen können: »Die Linke« und die AfD.

Der Osten und das Geld

Was sich heute im Osten tut oder nicht tut, im Positiven, wie im Negativen, ist eine Geldfrage. Nicht nur im objektiven Sinne, denn es geht auch um Gefühle, nämlich die der Benachteiligung. Hier sollen zunächst die objektiven Zahlen diskutiert werden.

Einkommen

Wer die DDR noch einmal wiedersehen will, kann das tun auf der interaktiven Karte »So viel verdienen Menschen in ihrem Wohnort«. Sie ist von der Wochenzeitung »Die Zeit« ins Netz gestellt worden und zeigt den Stand von 2025.

Im Verlaufe der deutschen Einheit hat sich, wie eine Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung herausfand, die Lohnlücke zum Westen zunächst deutlich verringert. In den Neunzigern schloss sie sich von 53 Prozent auf 28 Prozent. Doch in den 2000er-Jahren und 2010er-Jahren verlangsamte sich die Anpassung der Einkommen im Osten deutlich. Im Jahr 2022 lag der durchschnittliche Bruttojahresverdienst bei Vollzeitbeschäftigten im Westen bei 58.085 Euro, im Osten bei 45.070 Euro, das sind also 13.000 Euro weniger im Jahr. Bei diesen Durchschnittswerten sind die Einkommen der aus dem Westen stammenden und gutverdienenden Eliten des Ostens natürlich nicht herausgerechnet. Die Einkommenssituation der nativen Ostdeutschen in der Provinz dürfte also noch einmal schlechter sein. Das hat Auswirkungen auf andere Lebensbereiche: die Möglichkeit, Wohneigentum zu bilden und tiefere Wurzeln zu schlagen, die Partizipation an gesellschaftlichen Prozessen und Demokratie.

Renten

Im Osten spielen für die Altersversorgung die Renten eine viel größere Rolle als im Westen. Die Einkünfte aus der betrieblichen Altersversorgung sind noch geringer, die aus der privaten Vorsorge nicht nennenswert.

Leider ist die nach 1990 vorgenommene Übertragung der DDR-Rentenansprüche in das bundesdeutsche System ein Stückwerk geblieben. Eine Mehrheit der Ostdeutschen konnte ganz gut mit den getroffenen Regelungen leben. Das ging um so besser, wenn sie wieder in Normalarbeitsverhältnisse kamen und so ihre Altersansprüche dynamisieren konnten. Wenngleich man immer noch das geringe Lohnniveau in den neuen Bundesländern in Betracht ziehen muss. Dennoch stiegen für etwa zwei Drittel der Ostdeutschen in den Neunzigern die Renten. Für viele Berufsgruppen jedoch wuchsen sich die handwerklichen Fehler des Rentenüberleitungsgesetzes, welches 1991 durch den Bundestag beschlossen wurde, und schon 1993 novelliert werden musste, zu einem Verhängnis aus. Zum einen litten die Betroffenen unter den geringen Renten, die erheblich unter denen anderer Ostdeutscher lagen. Zum anderen zehrte sie der jahrzehntelange erfolglose Kampf um ihr Recht auf. Es ging um Gemeindeschwestern und Balletttänzerinnen, um die Kumpel in den Brikettfabriken und Braunkohleschwelereien, um die Altersansprüche von in der DDR geschiedenen Frauen und die von Ingenieuren der Technischen Intelligenz. Es ging um Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post sowie um Professoren, die nach 1990, weil sie nicht in der SED gewesen waren, auf die neu aufzubauenden natur-, technik- und ingenieurwissenschaftlichen Lehrstühle berufen wurden. Denn für sie, so zeigt es die Journalistin Johanna Weinhold in ihrem Buch »Die betrogene Generation. Der Kampf um die DDR-Zusatzrente«, galt der durch den Einigungsvertrag festgeschriebenen Bestandschutz *nicht mehr* und eine durch Verbeamtung angemessene Altersversorgung *noch nicht*. Ein Diplom-Chemiker fasst das so

zusammen: »Man ist einfach nicht gewillt, die Dinge, die man einmal festgelegt hat, wieder anders zu entscheiden oder zu korrigieren. Oder einmal zu überlegen, dass es vielleicht Fehler gegeben haben könnte. Die sind alle der Meinung, die Rentenüberleitung sei super gelaufen.« Eine Krankenschwester gibt zu Protokoll: »Deswegen wähle ich die alle nicht mehr. Weil die uns alle belügen.« Und ein Berginspektor aus dem Braunkohlerevier bei Leipzig resümiert: »Die Politik hat jahrzehntelang die Fehlentscheidungen der Neunzigerjahre durch bewusste Lügen gerechtfertigt. Die lügen uns doch alle an. Die Politik verbreitet Unwahrheiten. Die interessieren sich gar nicht für uns.« Die Demütigung dieser Menschen spielte sich im Stillen ab und pflanzte sich in der ostdeutschen Gesellschaft durch empörte Erzählungen fort.

Vermögen

Wenn sich auch die Lohnlücke zwischen dem Osten und dem Westen deutlich verringert hat – sie betrug 1991 noch 53,4 Prozent und im Jahr 2024 nur noch 17,4 Prozent – so können die Ostdeutschen beim Vermögen niemals aufholen. Die Vermögensschwäche der Ostdeutschen wird häufig damit erklärt, dass sie eben aus der DDR gekommen seien, und in den vierzig Jahren DDR die Wirtschaft Schritt für Schritt in genossenschaftliches Eigentum und Volkseigentum, also faktisch Staatseigentum, überführt worden sei. Die Eigentumsverhältnisse der DDR sind das eine – die Frage, wie das Eigentum in privatwirtschaftliche Verhältnisse zu überführen sei, ist jedoch eine andere.

Auf diese Frage gab es zwei Antworten. Nach der Herbst-Revolution 1989 suchte man nach Möglichkeiten, die Bevölkerung im Osten tatsächlich zur Eigentümerin des Volkseigentums zu machen. Hierfür legte eine Gruppe um den Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann am 12. Februar 1990 bei einer Sitzung des *Runden Tisches* ein Konzept vor. Es enthielt

einen »Vorschlag zur umgehenden Bildung einer Treuhandgesellschaft (Holding) zur Wahrung der Anteilsrechte der Bürger mit DDR-Staatsbürgerschaft am Volkseigentum der DDR«. Bei einer möglichen »Angliederung der DDR an die Bundesrepublik Deutschland« würde schließlich eine Rechtslücke entstehen, weil die Rechtsordnung der BRD so etwas wie »Volkseigentums« nicht kennt. »Als erste Handlung«, hieß es in der Vorlage, »müsste diese Holding-Gesellschaft gleichwertige Anteilsscheine im Sinne von Kapitalteilhaber-Urkunden an alle DDR-Bürger emittieren.« Und schließlich müssten die Kompetenzen und Aufgaben dieser Treuhandgesellschaft durch »die neu gewählte Volkskammer (solange es diese gibt) oder später durch Volksentscheide der Bürger in den Ländern der ehemaligen DDR definiert werden.«

Doch es gab auch noch ein anderes Konzept für die Überführung des Volkseigentums. Es wurde zur gleichen Zeit entworfen. Am 20. Januar 1990 legten die »Wirtschaftsweisen« der Bundesrepublik ein »Sondergutachten« vor. Demgemäß könne es nur »ein Erfolgsmuster für die Wirtschaftsreform« geben – die »offene marktwirtschaftliche Ordnung mit sozialer Absicherung«. Einer reformierten Planwirtschaft oder anderen »Dritten Wegen« zwischen Plan und Markt erteilten die West-Ökonomen eine Absage.

Die Entscheidung traf letztlich die Bevölkerung des Ostens.

Sie entschied sich bei der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 für die konservative *Allianz für Deutschland*. Somit wurden die Weichen auf einen raschen Beitritt des Ostens zur Bundesrepublik gestellt. Mit dem Treuhandgesetz vom 17. Juni 1990 schuf die Volkskammer eine neue »Anstalt öffentlichen Rechts« zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums. Diese war nun die neue Eigentümerin der etwa 8.500 ehemals volkseigenen Betriebe, in denen mehr als vier Millionen Menschen arbeiten. Ihre Aufgabe ist nun deren Privatisierung.

Mit dem Beitritt am 3. Oktober 1990 kamen die Ostdeutschen somit in einen Kapitalismus ohne eigenes Kapital. Sie hatten zuvor bei der Währungsunion am 1. Juli 1990 nur die

Hälfte ihres Barvermögens als Handgeld in DM ausgezahlt bekommen. Sie waren nun freie Konsumenten und standen anders als in der DDR einem theoretisch unbegrenzten Warenangebot gegenüber. Stück für Stück konnten sie zwar den Investitionsstau an ihren privaten und meistens bescheidenen Immobilien abbauen. Aber sie konnten eben nicht – ganz im Unterschied zu ihren westdeutschen Vettern, die durch steuerbegünstigte Investitionen und Rückübertragungen im Osten ihren Immobilienbesitz vermehrten – die Chance der Vereinigung nutzen, um Vermögen aufzubauen.

Heute besitzen die Menschen im Osten zwar mehr Immobilien als in der DDR. Die Eigentümerquote liegt bei 40 Prozent. Aber diese Immobilien sind nur halb so viel wert, wie die Immobilien, die Westdeutsche in West und Ost besitzen.

Über 30 Jahre nach der Vereinigung ist der durchschnittliche Haushalt West mehr als doppelt so wohlhabend wie der durchschnittliche Haushalt Ost. Die Ungleichheit zieht sich durch alle Schichten. Das Vermögen der armen Hälfte der Haushalte Ost liegt bei durchschnittlich 12.000 Euro, das der vergleichbaren Haushalte West bei 24.000 Euro. Das reichste eine Prozent besitzt im Osten etwa 3 Millionen Euro, im Westen 12 Millionen Euro, stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung 2022 fest.

Daran wird sich auch nichts ändern. Das Online-Angebot »Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023« zeigt das unter dem Punkt »Geerbtes und geschenktes Vermögen«. Man sieht hier auf einer farblich abgestuften Karte zwar auch Unterschiede innerhalb der alten Bundesländer, vor allem aber dem gegenüberstehend einen einheitlichen, ärmeren Osten.

Wer beherrscht den Osten?

In demokratischen Ländern versteht man unter Eliten jenen Personenkreis, der in bestimmten gesellschaftlichen Sektoren strategische und anhaltende Weichenstellungen vornimmt, die Regeln bestimmt und Ressourcen verteilt. Im vereinigten Deutschland und hier auch im Osten waren und sind das überproportional Menschen aus den alten Bundesländern. Der Anteil der Ostdeutschen an der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung liegt heute zwischen 17 und maximal 20 Prozent. (=> Wer ist »ostdeutsch«?) Bis 2022 ist der Anteil der Ostdeutschen an den Eliten gestiegen. Im Sektor Politik auf 20 Prozent, in den Sektoren Medien oder Wissenschaft auf 8 Prozent, in der Justiz auf 2 Prozent und im Militär liegt er immer noch bei 0 Prozent.

Der Soziologe Raj Kollmorgen diskutierte kürzlich, warum in der deutschen Elite so wenig Ostdeutsche vertreten sind, wie dieses Missverhältnis entstanden ist, und welche Auswirkungen es hat. Ein erster Ursachenkomplex liegt darin, dass im Osten übergangslos ein bereits bestehendes System eingeführt wurde, für das dann beim potentiellen ostdeutschen Führungspersonal das notwendige Fachwissen, die formalen Qualifikationen und die entsprechenden Berufs- und Laufbahnerfahrungen fehlten: »Gerade in den Kernbereichen der Herrschaftsordnung – Exekutive, Judikative, Wirtschaft, Massenmedien – bestand in den 1990er-Jahren kaum Interesse an einer breiten Teilung der Macht mit Ostdeutschen.« Zudem diagnostizierte der Autor auf westlicher Seite einen »Überschuss« an geeignetem Personal. Dies wurde zweitens durch einen Effekt verstärkt, der in vielen Ländern zu beobachten ist: Die Selbstreproduktion von Eliten beruht üblicherweise »auf sozialstrukturell, sozialisatorisch und biografisch bedingter

Ähnlichkeit der Interessen, Ideen und Leidenschaften.« Man kennt sich und anerkennt sich, man wird geholt, gefragt oder explizite zur Bewerbung aufgefordert. Drittens wird angemerkt: »Nach 1990 fand eine sozialstrukturelle Überschichtung der ostdeutschen Gesellschaft durch Westdeutsche statt. Da sich Eliten – abgesehen von den Sektoren der Politik, der Zivilgesellschaft und der Kirchen – überproportional aus Familien der oberen Mittel- und Oberschicht rekrutieren, besitzen Ostdeutsche systematisch geringere Chancen, in die Eliten aufzusteigen.« Dies geht viertens einher mit einer ostdeutschen »kulturellen Selbstmarginalisierung«. Das heißt, dass die Ostdeutschen sich eher zurückhalten, als offensiv um den Aufstieg zu kämpfen.

Natürlich spüren die Leute im Osten diese Schieflage. Im Jahr 2019 meinten 37 Prozent der Ostdeutschen, dass sie nicht den gleichen Zugang zu Positionen wie Westdeutsche haben. Diese Wahrnehmung entspricht auch den Fakten. Der Ostbeauftragte der Bundesregierung untersuchte für seinen Bericht 2023, woher die Personen kommen, die 2022/2023 in Deutschland Elitepositionen innehaben. Es sind immer noch nur »zwölf Prozent gebürtige Ostdeutsche«.

Der Osten in den Medien

In der DDR hatte die SED-Führung den Zugriff auf die Öffentlichkeit monopolisiert. Es herrschte eine rigide Zensur, sowohl in Literatur und Kunst wie auch in den Medien. Für die Menschen in der DDR war die einheimische Presse meist langweilig oder ein Ärgernis, aber sie hatten mit den bundesdeutschen Radio- und Fernsehstationen ihre Alternativen. Die demokratische Herbstrevolution schaffte im Spätherbst 1989 auch die Zensur ab. Die freien DDR-Medien konnten noch bis 1991 den gesellschaftlichen Verständigungsprozess für ihr Publikum aus ostdeutscher Perspektive kommentieren, bis westdeutsches Leitungspersonal vollends das Ruder übernommen hatte. Die Presse des Ostens war da schon in westdeutschem oder ausländischem Besitz, wenn auch ein großer Teil von einstigen DDR-Journalisten weiter in ihren Zeitungen verblieb. Die Führung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks des Ostens war von der Gründung an westdeutsch beherrscht. Das alles untergrub die ostdeutsche Selbstverständigung wie die Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin Mandy Tröger resümiert. Die Art des Medienumbaus minderte die Akzeptanz der Demokratie eher, als dass sie sie förderte. Diese Situation hat sich verfestigt. Die Dominanz des westdeutschen Personals – und damit auch der Werte und Voreinstellungen, die aus der alten Bundesrepublik stammten – prägte die mediale Darstellung der Ostdeutschen und die Distanz eben jener gegenüber den Medien.

Bei der medialen Beschreibung des Ostens und der Ostdeutschen zeigen sich inhaltlich vier Tendenzen: Erstens die einseitige Konzentration auf das Herrschaftssystem der DDR, zweitens die fixe Idee von den initiativlosen Ostdeutschen, drittens die Vorstellung von den vormodernen Ostdeutschen und viertens die Rede vom »braunen Osten«.

Erste Tendenz: Die Fixierung auf das Herrschaftssystem der DDR

Nach dem Umbruch von 1990 wurde wieder ein Erklärungsmodell populär, das in der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts auf den Faschismus, auf den Nationalsozialismus und den Stalinismus angewendet worden war: »Totalitarismus«. Die Bundesrepublik hatte seit ihrer Gründung bis in die Siebzigerjahre hinein von »totalitären Systemen« gesprochen, wenn sie sich gleichermaßen vom Nationalsozialismus wie von der »Ost-Zone« abgrenzen wollte. Im Jahr 1963 beispielsweise hatte das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen anlässlich des 30. Jahrestages der Machtübergabe an Adolf Hitler eine Erklärung herausgegeben. Sie trug den Titel »Immer noch Hitler-Diktatur. Dreißig Jahre Totalitarismus in Mitteldeutschland«. Als die Bundesrepublik in den Siebzigerjahren mit der Sowjetunion, der DDR und anderen Ländern des Staatssozialismus Verträge einging, trat auch das Deutungsmuster des »Totalitarismus« in den Hintergrund. Nach dem Scheitern des europäischen Sozialismus aber änderte sich das. Das zeigte sich vor allem in den Medien und in der Publizistik. Hier bürgerte sich »ein Ton politisch-moralischer Verdammung ein, der das SED-Regime als tyrannische Gewaltherrschaft brandmarkte.« Die DDR erscheint in dieser Sichtweise über ihre gesamte Dauer hinweg als ein offenkundig illegitimes und zum Scheitern verurteiltes Projekt. Nun wurde die SED-Diktatur als »zweite deutsche Diktatur« bezeichnet. Diesem DDR-Bild wurde die Formel beigegeben, dass man die nationalsozialistische Diktatur nicht »relativieren« und die SED-Diktatur nicht »verharmlosen« dürfe. Im Vordergrund dieser DDR-Darstellung steht ihr Herrschaftssystem, ihre Repressionsstrukturen, ihre Opfer wie auch die Formen von Opposition oder Widerstand.

Was neben diesen Mechanismen zur Stabilität der DDR beigetragen hatte, konnte in diesem Rahmen nicht ausreichend diskutiert werden. Die Überzeugungen und Sinnvorstellungen

jenseits dieser Diktatur-Opfer-Polarität, das Leben in den Grauzonen und erst recht Menschen mit sozialistischen Überzeugungen blieben so ausgeblendet. Nach 1990 sahen sich die Ostdeutschen, wohlvertraut mit den Eingriffsmöglichkeiten aber auch den Grenzen der SED-Diktatur, nun auf eine Vergleichsebene mit dem massenmörderischen nationalsozialistischen System gestellt. Einer Mehrheit der Ostdeutschen ging das gegen den Strich. Natürlich hatten sie sich nicht mit der sozialistischen Idee oder gar mit dem DDR-Regime identifiziert. Aber auch völlig unpolitische und angepasste Ostdeutsche waren stolz darauf, wie sie sich in der DDR fleißig und findig eine auskömmliche Existenz erarbeitet und ein gelungenes Leben geführt hatten. Dass sie durch die Diktatur unterdrückt worden waren, würden sie nicht bestreiten, aber sie wollen sich nicht auf die Eigenschaft eines Opfers des roten »Totalitarismus« reduzieren lassen.

Zweite Tendenz: Die Rede von den defizitären und initiativlosen Ostdeutschen

Die Erzählung vom »Wirtschaftswunder« in den Fünfzigerjahren zählt zu den zentralen Mythen der Bundesrepublik. Für die Jahre nach 1990 erwarteten die Westdeutschen ein »Zweites Wirtschaftswunder« im Osten. Kaum jemand wollte sehen, dass die nationalen und globalen Bedingungen, auf die sich der westdeutsche Aufschwung der Fünfzigerjahre einst gestützt hatte, nach 1990 nicht bestanden. Da das in den Osten exportierte westdeutsche Erfolgsmodell »Soziale Marktwirtschaft« nicht die Erfolge wie einst erzielte, mussten nun Erklärungen gefunden werden, welche die westdeutsche Selbstgewissheit nicht angriffen. Man fand sie in den Defiziten der Ostdeutschen. Medien, Publizisten und Wissenschaftler folgerten aus der diktatorischen Verfasstheit der DDR den Persönlichkeitstyp des initiativlosen Arbeitnehmers, dem jeglicher Unternehmergeist abging.

Spektakulär ging 1991 ein Buch durch die Medien, in dem der Historiker Arnulf Baring die Verfasstheit und die Chancen der Menschen aus der DDR so beschrieb: »Das Regime hat fast ein halbes Jahrhundert die Menschen verzwert, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt. Jeder sollte nur noch ein hirnloses Rädchen im Getriebe sein, ein willenloser Gehilfe. Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal: Sein Wissen ist über weite Strecken völlig unbrauchbar. In den meisten Fällen fehlt heute vom Fachlichen her eine Berufsperspektive in den Bereichen, in denen man ausgebildet wurde. Wir können den politisch und charakterlich Belasteten ihre Sünden vergeben, alles verzeihen und vergessen. Es wird nichts nützen; denn viele Menschen sind wegen ihrer fehlenden Fachkenntnisse nicht weiter verwendbar. Sie haben einfach nichts gelernt, was sie in eine freie Marktwirtschaft einbringen könnten.« Das zog sich durch die mediale Darstellung des Ostens durch. Zum 15-jährigen Jubiläum der friedlichen Revolution in der DDR überschreibt Der Spiegel seine Titelgeschichte so: »Trübsal in der Zwischenwelt. Nach 15 Jahren ist ein großer Teil der Ostdeutschen noch nicht in der Bundesrepublik angekommen. Viele hängen der Bequemlichkeit der DDR nach und haben sich an das Prinzip der Eigeninitiative nicht gewöhnt.« Wer von den Millionen Ostdeutschen, die von einem Tag auf den anderen ihre Betriebe verloren hatten, die sich, oft in neuen Berufen oder an neuen Orten, neue Jobs suchen mussten, die also ihr Leben völlig neu aufgebaut hatten, wollte so etwas noch lesen?

Dritte Tendenz: Die Rede von den vormodernen Ostdeutschen

Seit Ende der 1950er-Jahre hatte es in der Bundesrepublik eine allmähliche, und im Vergleich zur Revolte von 1967/1968 auch stillere Abkehr von den überkommenen autoritären

Ordnungsvorstellungen gegeben. In den 1960er-Jahren zog eine neue Generation in die Chefetagen der Bundesrepublik ein. In den Siebzigern waren dann junge Lehrerinnen und Lehrer und Medienschaffende der sichtbarste Beleg für mentale Modernisierung des Landes. Dieser Wandel wurde rückblickend auch als »Zweite Gründung der Bundesrepublik« bezeichnet und begann dann auch stark das Selbstverständnis der alten Bundesrepublik zu prägen. Das bewirkte aber auch, dass man ab 1990 bei den andersartig erscheinenden Ostdeutschen allzu schnell die im Westen überwundenen Einstellungen zu erkennen meinte. Die westlichen Medien-Leute verstanden sich als kulturell westlich, politisch zumeist liberal bis links, als postmodern und ironisch. Sie stammten meistens aus dem Bürgertum und sie waren mit den »feinen Unterschieden« einer Gesellschaft bestens vertraut. Die »arbeiterliche Gesellschaft« des Ostens hingegen war tatsächlich eine andere als die postmoderne westdeutsche. Sie hatte eine andere Art der Modernisierung hinter sich. Sie war sozialstrukturell ausgeglichener, das Verhältnis der Menschen, insbesondere auch das der Geschlechter, war egalitärer als im Westen. Die Ostdeutschen maßen der Einordnung in die Gemeinschaft einen höheren Wert bei als der individuellen Profilierung. Karriere, berufliche Mobilität, Stil und Status spielten eine geringere Rolle als bei den westdeutschen Beobachtern der Ostdeutschen. Diese schrieben vom konsenssüchtigen und konflikt-scheuen, autoritätshörigen und autoritären, nationalistischen und intoleranten, staatsfixierten und demokratieuntauglichen Ostdeutschen. Zudem fiel beim Thema Ostdeutschland und die Ostdeutschen die übliche Pluralität des Mediensystems und deren Korrektiv nahezu weg. Konservative, links-liberale wie auch linksalternative Blätter distanzieren sich unisono von den Eigenheiten der Ostdeutschen. Ihre Interpretation der ostdeutschen Andersartigkeit war zu großen Teilen eine Projektion, die aus dem westdeutsche Selbstbild entsprang.

Nicht ohne die genüsslich präsentierte Ostdeutschen-Karikatur selbst noch einmal ironisch zu brechen schrieb Wolfgang

Bickerich schon im September 1990 im Spiegel: »Geduldig warten sie, morgens kurz vor neun, in der Schlange vor der Aldi-Tür. Bleiches Gesicht, fettiges Haar, Blick nach unten, geduckte Haltung, kurze Steppjacken, verwaschene, formlose Jeans, beige graue Schuhe, verknitterte Plaste-Tüten in der Hand. Wenn sie sprechen, dann in merkwürdigem Idiom. Manche riechen, und manche klauen wie die Raben. Bloß ihre Frauen kriegen öfter einen Orgasmus. So sind sie doch, die Osis. Das weiß nicht nur Bild und jeder Taxifahrer, das weiß auch jeder Kneipengänger in Wessi-Land über die Exoten draußen vor der Tür. Sie stehen vor Tau und Tag auf, bringen die Kinder zum freudlosen Hort, vertändeln die Arbeitszeit mit dem Warten auf Arbeit und mit tragem Schwatz. Wenn sie überhaupt etwas Schönes denken, freuen sie sich aufs Wochenende in der – schwarz gebauten – Datsche, die ihnen so sicher ist, wie es der Arbeitsplatz war; sie trödeln so weiter, wie sie 40 Jahre getrödeln haben, und warten darauf, dass der Himmel sich teilt, dass ein Wunder geschieht: dass ihr Land auf einmal funktioniert. [...] Dagegen die anderen: im jeweils modischen Outfit, schicker noch, als die Werbung es will, vom Haar-Styling bis zu den Gucci- oder Bally-Schuhen, immer neu gebräunt von Urlaub und Sonnenbank, in der Achselhöhle der Duft von Estee Lauder oder Joop, am Autoschlüssel der silberne Panther, in der Brieftasche die Golden Card, im Herzen das unerschütterliche Selbstbewusstsein. Der Umgang mit der Obrigkeit in Ämtern und Behörden? Nichts leichter als das, ein Fingerschnipsen. Diesen Smarties gehört die Welt, ersatzweise Deutschland; aber bitte Gesamtdeutschland, wenn sie für den Osten schon so viel lohnen müssen.«

Viele Westdeutsche, die im Osten arbeiteten, beschrieben in Medienbeiträgen oder Leserbriefen, wie befremdlich ihnen die Ostdeutschen schienen. Typisch hierfür ist die Bilanz, die Jürgen Schneider, ein westdeutscher Kommunalpolitiker, der für einige Jahre als Staatssekretär im Innenministerium von Sachsen-Anhalt gewirkt hatte, im Jahr 1998 zog. Er beklagte nicht nur, dass die westdeutschen Ehefrauen in den »kleinen,

privaten Cliquen und Nischen der Ostfrauen keinen Anschluss gefunden« hätten. Überhaupt seien die Ostdeutschen eben ganz anders als »wir Westkollegen« – »Wer jemals eine Kantine im Osten besucht hat, weiß, wovon ich spreche. Den Ostler erkennt man, Ausnahmen ausgenommen, bereits beim Betreten des Raumes: Wie in der Kneipe oder im Restaurant duckt er sich zunächst, als warte er darauf, »plaziert« zu werden. Hat er sich dann zu einem Westkollegen an den Tisch gesetzt, beginnt dieser, locker draufloszuplaudern. Der Ostler dagegen schaut erst mal um sich, wer am Nebentisch mithören könnte. Die Angst scheint immer noch allgegenwärtig. Es herrscht das Prinzip Misstrauen, im Kleinen wie im Großen. Wer im Westen gelernt hat, auf Fremde erst einmal ungehemmt zuzugehen, bis er womöglich auf die Nase fällt, durchschaut die bis zur Erstarrung zelebrierte Vorsicht der Ostler schnell: Lieber nichts sagen, nichts tun – alles andere könnte ein Fehler sein.«

(⇒ Neue Gesellschaft mit neuem Weltbild; ⇒ Der Osten und der Zusammenprall der Kulturen)

Das war die Darstellung der Ostdeutschen in den neunziger Jahren – könnte man sagen. Doch diese Tendenz blieb. Zum 32. Jahrestag der deutschen Einheit strahlte die ARD die Serie »Lauchhammer« aus, dessen Drehbuch von zwei westdeutschen Journalistinnen stammte. Tom Müller schreibt dazu in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (F. A. Z.): »Man muss sich einen Lausitzer vorstellen, der GEZ-Gebühren zahlt, um sich erklären zu lassen, in seiner Gegend könne man nur ein Kranker, ein Säufer, Fettsack, Drogendealer, Junkie oder ein Mörder sein. Und dann von den »Tagesthemen« gefragt zu werden: Warum sind die Ostdeutschen so unzufrieden?«

Vierte Tendenz: Der »braune Osten«

Die Rede vom »braunen Osten« ist im Vergleich zu den anderen drei vorgenannten Perspektiven insoweit faktenbasiert, als sie auf den Aufschwung des Rechtsextremismus seit 1990

Bezug nimmt. Es ist unbestritten, dass es den Rechten in den Neunzigern sogar gelang, sogenannte »nationale befreite Zonen« zu etablieren. In ländlich-kleinstädtischen Räumen sowie in den Plattenbaugebieten der Mittel- und Großstädte beherrschten die Neonazis Klubs und Jugendeinrichtungen und dominierten an manchen Orten den öffentlichen Raum. Allerdings ist die Annahme einer kollektiven Gewalterfahrung im Osten, die Geschichte einer Jugend auf der Flucht vor rechten Schlägern, auch schon wieder eine Pauschalisierung. Der ehemalige Ostdeutschland-Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Stefan Locke, sah darin »vielmehr ein besonders im Westen willkommenes Erzählmotiv, wie sich auch an der dort großen Popularität des Twitter-Hashtags »Baseballschlägerjahre« über die Nachwendezeit ablesen lässt. Solche Erzählungen treffen den Nerv eines West-Publikums, dem der Osten bis heute fremd geblieben ist und das auch dreißig Jahre nach der Wiedervereinigung kaum Wissen über die fünf Ost-Länder hat.«

Somit bleibt »der braune Osten« eines der Lieblingsziele des westdeutschen »Safari-Journalismus«, wie ihn die Journalistin Valerie Schönian einmal nannte. Gibt es im Westen rechtsextreme Vorfälle, werden sie als rechtsextreme Vorfälle beschrieben. Ereignen sie sich im Osten, sind sie ein typisches Beispiel für den »braunen Osten«. Stefan Locke merkt hierzu an: »Während eine in der Tat dümmliche, aber harmlose Stickerei auf Sitzbezügen eines sächsischen Polizeiwagens tagelang bundesweit Anlass für hämische Kommentare über Sachsen ist, wird über ein ähnliches Motiv in baden-württembergischen Polizeiwagen kein kompromittierendes Wort verloren.«

Im Jahr 1999 leitet der Spiegel einen Beitrag so ein: »Anleitung zum Hass. Der Kriminologe Christian Pfeiffer über das Erziehungssystem der DDR und die Folgen. Gewalttaten gegen Ausländer sind im Osten weit häufiger als im Westen, weil die Sozialistische Einheitspartei 40 Jahre lang Untertanen statt mündiger Bürger gezüchtet hat. Diese These des Kriminologen Christian Pfeiffer, 55, macht derzeit in den neuen

Ländern Furore.« Der Beitrag war illustriert mit Krippenkindern die nebeneinander auf ihren Töpfchen saßen und auf den direktiven Zeigefinger der »Krippentante« blickten, welcher vom linken Bildrand in die Aufnahme hineinragt. Die von ihren Kritikern als »Töpfchentese« bezeichnete Annahme Pfeiffers vertiefte die Gräben zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen. Denn es ging nicht nur um den Rechtsextremismus, sondern um grundsätzliche Fragen: Wie sollten sich Mütter zur Berufstätigkeit stellen, was ist von der Erziehung in der DDR zu halten und welchen Einfluss hatten die Verheerungen der ostdeutschen Transformation in den Neunzigern?

Nach dem die Morde der ostdeutschen Gruppierung »Nationalsozialistischer Untergrund« bekannt wurden, erklärte 2011 die Journalistin Constanze von Bullion das Phänomen über die Prägung der DDR-Familien durch die Werte des Nationalsozialismus: »Familie, das war wichtig in der DDR, Zuflucht vor staatlicher Drangsal, noch öfter Hort ideologischer Schulung. Wer diese Welt im Rückblick betrachtet, stößt bisweilen auf eine erstaunlich niedrige Betriebstemperatur bei der Aufzucht des Nachwuchses. Nein, jetzt kommt nicht die Töpfchentheorie, auch kein Lamento über arbeitende Mütter und moralischen Verfall. Die Spurensuche führt zu Tugenden, die schon die erste deutsche Diktatur zusammenhielten: Überhöhung der Gemeinschaft, Einordnung in autoritäre Denkmuster, ins große Ganze, für dessen Erhalt persönliche Überzeugungen, weichliche Emotionen und Skrupel zurückzustellen waren.«

Im letzten Jahrzehnt ist der ostdeutsche Rechtspopulismus – unter Führung westdeutscher Köpfe – stärker geworden. Das rechtsextreme Potential hingegen ist in Ost und West inzwischen gleich. Das zeigte kürzlich die Studie »Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25«. Die Rede vom »braunen Osten« wird vermutlich bestehen bleiben, denn sie ist ein Teil der altbundesdeutschen, also westdeutschen Identitäts-Konstruktion. Die lästigen Vorwürfe, die der »antifaschistische Musterschüler DDR« der alten Bundesrepublik wegen

ihrer personellen Kontinuität zum »Dritten Reich« einst immer wieder gemacht hatte, konnten nun endlich pariert werden: auch die DDR hatte ein Rechtsextremismus-Problem. Und nicht nur das. Durch seine diktatorische Verfasstheit habe der »antifaschistische Staat« den Rechtsextremismus geradezu »gezüchtet«.

Ausblick

Mitte der 2010er-Jahre sind einige Journalistinnen und Journalisten, die eine ostdeutsche Perspektive auf den Transformationsprozess einnehmen, in relevante Positionen vorge-rückt. Sie sind in den 1970er-Jahren in der DDR geboren, wie beispielsweise Christian Bangel und Jana Hensel, Stefan Locke, Sabine Rennefanz oder Daniel Schulz, um nur einige zu nennen. Dennoch wird sich an der Randständigkeit ostdeutscher Perspektiven auch künftig wohl wenig ändern. Der Medienwissenschaftler Lutz Mücke wies darauf hin, dass der Anteil der Ostdeutschen in den wichtigen Journalismus-Schulen auch im Jahr 2018/19 ausgesprochen gering ist. In fünf von ihnen lag die Ostquote zwischen 0 Prozent und 7,5 Prozent, lediglich in der Henri-Nannen-Schule fanden sich 14 Prozent Ostdeutsche. Das »Selbstgespräch des Westens über den Osten«, so der einstige DDR-Oppositionelle Klaus Wolfram 2021, führte dazu, dass die westdeutsche überregionale Presse im Osten kaum noch gelesen wird. Mücke nennt auch Zahlen hierzu: Die F. A. Z., die Süddeutsche Zeitung und der Der Spiegel setzten 2020 in Ostdeutschland lediglich 2,5 Prozent bis 4 Prozent ihrer Gesamtauflage ab. DIE ZEIT schaffte es, hier inklusive Berlins, auf 6 Prozent. Geht man davon aus, dass zu einer funktionierenden Demokratie aber auch eine gemeinsame Öffentlichkeit gehört, eine Sphäre, in der die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen (an)erkannt werden können und miteinander in Kommunikation stehen, dann ist das ein problematischer Befund. Auch wenn der Populismus und

die Entfremdung von der Demokratie nicht nur in Deutschland zu verzeichnen ist, so ist doch der Zulauf zu PEGIDA und der AfD in Ostdeutschland auch im Kontext der Ost-West-Spannungen zu sehen.

Der Osten und seine ländlichen Räume

Zu den Besonderheiten des ländlichen Raums im Osten gehört, dass hier die größere Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung, 55 Prozent, leben. Dies ist ein bemerkenswerter Unterschied zu den alten Bundesländern. Hier wohnen nur 20 Prozent im ländlichen Raum. Im Osten haben die strukturschwachen und von städtischen Zentren entfernten ländlichen Räume bis zu einem Fünftel ihrer Einwohnerschaft verloren. Die Menschen wanderten in sämtliche Richtungen ab: in die Städte in Ost und West und zusätzlich in ländliche und kleinstädtische Regionen im Westen. Zudem war die Abwanderung selektiv. Vor allem junge Arbeitskräfte und Auszubildende, also Menschen bis dreißig Jahren, verlassen im Osten wie im Westen ländlich-periphere Regionen. Es fehlt ihnen an Ausbildungsmöglichkeiten oder Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt aber auch an kulturellen Angeboten und Austauschmöglichkeiten. Folgen sie zudem noch dem populären Leitbild eines urbanen Lebensstils, ist die Abwanderung unvermeidlich. Junge Frauen sind bei der Abwanderung entschlossener als junge Männer, wodurch es in den betroffenen Jahrgängen und Subregionen zu einem Männerüberschuss mit den bereits diskutierten negativen Folgen kommt. (⇒ Auswirkungen der Abwanderung auf den Osten)

Die Weggegangenen fehlen. Der Landrat des Burgenlandkreises (Sachsen-Anhalt) sagte im Dezember 2025 der ARD: »Wir haben seit der Wiedervereinigung 25 Prozent der Arbeitskräfte verloren, wir sind ausgeblutet in Richtung Bayern und Baden-Württemberg.« Das Fernsehteam berichtete davon, dass man in Hohenmölsen zur Weihnachtszeit 2025 einen »Pendler- und Rückkehrertag« organisiert hatte. Die einst als junge Leute aus dem Osten Weggegangenen, welche

zusammen mit ihren Partnerinnen- und Partnern die Eltern zu den Festtagen besuchten, konnten so ganz unkompliziert mit den lokalen Arbeitgebern über eine berufliche Neuorientierung sprechen. Der Erzgebirgskreis hat seit 1995 etwa 25 Prozent seiner Bevölkerung verloren. Erst Anfang der 2000er-Jahre begann sich nach dem Absturz in die Deindustrialisierung die wirtschaftliche Situation des Kreises zu stabilisieren. So konnte er auch im Jahr 2014 zum ersten Mal wieder Zuwanderung in Form von Rückwanderung verzeichnen. Allerdings wird prognostiziert, dass die Bevölkerung bis 2030 noch einmal um 25 Prozent zurückgeht.

Jene jungen Menschen, die nicht fortgehen wollen, sind die Zukunft der ländlichen Regionen im Osten. Der Kinder- und Jugendbericht 2024 sammelte die Problembeschreibungen von jungen Menschen, die in Ost und West auf dem Land aufwachsen und fragt, was »bleibewilligen Menschen die Erfüllung ihrer beruflichen Wünsche in der Region« erleichtern könnte. Auch wenn junge Menschen im ländlichen Raum oft eine starke Verbundenheit mit ihrer Herkunftsregion haben, so leiden sie doch auch daran, dass die Infrastruktur eingeschränkt ist und die Bildungs- und Freizeitangebote limitiert sind. Oft ist es nur die Schule, die den einzigen Rahmen für Freizeitgestaltung und die Ermöglichung von Peerbeziehungen darstellt. »Viele junge Menschen auf dem Land fühlen sich nicht ernst genommen, weil sich Freizeitangebote, Fahrpläne von Bussen und Zügen und die Möglichkeiten der politischen Teilhabe an Älteren orientieren.«

Für die ostdeutschen ländlichen Räume kommt zu diesen allgemeinen Faktoren noch das Gefühl einer ungerechten und negativen Fremdwahrnehmung der ostdeutschen ländlichen Region hinzu. Der Soziologe Raj Kollmorgen spricht 2025 von zwei sich wechselseitig verstärkenden Prozessen: Einerseits benennt er »die im rechtspopulistischen Dunst weitaus schneller entstehende Wahrnehmung einer sich kontinuierlich verschlechternden demografischen, wirtschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Lage beziehungsweise Infrastruktur«,

einer Wahrnehmung, die nicht überall der Realität entsprechen muss. Hinzukommend erkennt er, »die Missachtungserfahrungen als Ostdeutsche und insbesondere als ›konservativ‹ und an Traditionen orientierte, mit ›Klimapolitik‹, ›Multikulturalität‹ und ›Wokeness‹ nichts anzufangen wissende ostdeutsche Landbevölkerung.« Diese ungünstigen Beschreibungen und Wahrnehmungen der ostdeutschen Landbevölkerung führt zu einem für die Demokratie problematischen Effekt. Die Betroffenen gewinnen den Eindruck, »dass die westdeutsch dominierten urbanen Eliten die Kernaufgaben der Politik nicht mehr bewältigen wollen oder können.«

Der Osten und die Ostdeutschen 35 Jahre nach der Vereinigung

Die institutionelle Integration des Ostens in das bundesdeutsche System war bereits Mitte der 1990er vollständig abgeschlossen. Mit ihrer Sozialstruktur, Mentalität und den Identifikationen haben sich der Osten und die Ostdeutschen dem Westen nicht vollständig angenähert – und in manchen Bereichen wächst die Ferne wieder. Das muss erklärt werden und soll nun Schritt für Schritt geschehen.

Nähe und Ferne zum Westen

Für die einen war die DDR ein »Freiluft-Gefängnis« an dessen Grenzen Menschen erschossen wurden, für die angepasste Mehrheit ein Land, in dem es sich dennoch ganz gut leben ließ und für das prosozialistisch eingestellte Fünftel letztlich ein politisches Projekt, an dem seine Hoffnungen hingen. Die Herbstrevolution von 1989 und der Beitritt von 1990 brachte allen Ostdeutschen die politische Freiheit und Bürgerrechte: den Gegnern und Opfern der DDR, den Revolutionären, der angepasst lebenden Mehrheit und auch jenen, die sich für die DDR eingesetzt hatten. Sie brachte aber auch dem größten Teil der Ostdeutschen die Freiheit von ihren Arbeitsplätzen und infolge dessen dramatische Umbruchsbelastungen. Diese Anstrengungen wurden in den ersten fünfzehn Jahren kaum öffentlich thematisiert, bis sich ihnen dann seit den 2010er-Jahren ganze Forschungsprogramme widmeten.

Von der Sozialstruktur hat sich die einst relativ homogene Gesellschaft der DDR differenziert. (⇒ Neue Gesellschaft mit

neuem Weltbild) Einerseits gibt es im Osten nun auch eine gut situierte Mittelschicht, andererseits haben sich die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten verstärkt. Außerdem ist im Osten die Armut zu einem erheblichen Problem geworden, und in wachsendem Maße auch die Altersarmut (⇒ Renten ⇒ Vermögen) Denn anders als im Westen – und auch in den westdeutschen Krisenregionen – sind im Osten die Rücklagen und die Eigentumsquote noch geringer. Zudem konnte der Osten keine eigene tragende Oberschicht herausbilden, diese Positionen waren und sind westdeutsch besetzt.

Eine gewisse Angleichung an den Westen zeigt sich auch in der Selbstzuordnung der Ostdeutschen zu den verschiedenen Gesellschaftsschichten. Die sozialwissenschaftliche Forschung beschreibt das als »Subjektive Schichteinstufung«. Es geht dabei darum, ob sich Menschen selbst der »oberen Mittelschicht«, der »Mittelschicht«, der »Arbeiterschicht« oder der »Unterschicht« zuordnen. Um den Wandel in den letzten 35 Jahren zu verstehen, muss man zurückschauen. Als die westdeutsche Soziologie 1991 zum ersten Mal die ostdeutsche Bevölkerung mit ihrem Instrumentenkasten vermaß, fragte sie, – wie bislang im Westen auch –, nach der »Subjektiven Schichteinstufung«. Im Osten von 1991 ordnete sich die absolute Mehrheit der Menschen, 57 Prozent, der nach DDR-Maßstäben ehrbarsten Schicht, also der »Arbeiterschicht« zu, im Westen taten das nur 24 Prozent der Bevölkerung. Denn im Westen folgte man anderen Wertvorstellungen, hier rechnete sich 1991 die absolute Mehrheit, 63 Prozent, der reputierlichen »Mittelschicht« zu.

Schon im Jahr 2012 ordnete sich nun auch im Osten die Mehrheit der Bevölkerung der »Mittelschicht« zu. Allerdings sind das im Osten nur 53 Prozent, während das im Westen wie Jahrzehnte zuvor 64 Prozent tun. Jene Ostdeutschen, die sich der »Arbeiterschicht« zugehörig fühlen, kommen immer noch auf 37 Prozent der Bevölkerung. Das ist sehr viel mehr als die 22 Prozent im Westen. Auch dieser Wert hat sich dort seit 1990 so gut wie nicht verändert. Und auch die besonderen

Identifikationen als »ostdeutsch« gibt es nach wie vor. Im Westen sieht man sich ganz selbstverständlich als »deutsch« (⇒ Identifikationen der Ostdeutschen)

Daneben gibt es noch Fakten, die in ihrer Summe weiterhin *den Osten* konstituieren. Der Soziologe Steffen Mau zählte die unterschiedlichsten Faktoren auf, beispielsweise die Zahl der Tennisplätze, der Moscheen, der Vereine und der Menschen mit Parteimitgliedschaft. Mau stellt den Anteil junger Menschen, die Lebenserwartung von Männern oder die Kaufkraft und das Erbschaftssteueraufkommen gegenüber. Auf der wirtschaftlichen Ebene vergleicht er die Zahl der Konzernzentralen, der Ausgaben für Forschung und Entwicklung, der Patentanmeldungen – oder eben die Größe des Niedriglohnsektors wie auch den Wert des Immobilieneigentums. Und so weiter. Er kommt immer wieder zu dem gleichen Ergebnis: »Eine Phantomgrenze durchzieht das geeinte Land. Färbt man die 294 Landkreise und 106 kreisfreien Städte in Deutschland anhand dieser Indikatoren ein, zeichnen sich die Umrisse der alten Bundesrepublik und Ostdeutschlands klar voneinander ab. Wie beim Tiefdruckverfahren tritt die Silhouette der DDR in diesen Karten noch mehr als drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung überraschend deutlich hervor.« *Der Osten* existiert immer noch.

Man kann das auch im Internet sehen. Das interaktive Instrument der Friedrich-Ebert-Stiftung »Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023« lässt ebenfalls die alte DDR wieder aufscheinen. Der Osten gehört hier zur schlechtesten von fünf Raumtypen, nämlich »Strukturschwache Räume mit Aufholerfolgen«. (www.fes.de/ungleiches-deutschland/#c339231) Allerdings gibt es positive Ausnahmen: Berlin, Jena und Dresden etablierten sich im Raumtyp »dynamische Städte«. Auch in die Liga »Deutschlands solide Mitte« konnten sich ostdeutsche Kandidaten hocharbeiten. Das sind sämtliche Landkreise um Berlin, die Region Nord-West-Mecklenburg sowie die Städte Erfurt, Leipzig und Chemnitz. Im Westen ist »Deutschlands solide Mitte« allerdings nur zweitklassig.

Über die finanzielle Situation der Bewohner des Ostens sagt diese Übersicht aber nichts aus. (⇒ Der Osten und das Geld). Schaut man in die Zukunft, verdüstert sich das Bild wieder. Bei »Resilienz und Zukunftsfähigkeit« ist die alte DDR noch schärfer zu erkennen, als bei anderen Simulationen. Hier gehört der Osten fast vollständig zur Kategorie »Räume mit besonderen strukturellen Herausforderungen«. Auf der Karte von Gesamt-Deutschland ist das die problematischste von vier Kategorien auf der Deutschlandkarte. Ausnahmen bilden acht Großstädte und ein an Berlin grenzender Landkreis. Der Osten ist also weiterhin eine Krisen-Region, die heute zeitgemäß als Region »mit besonderen strukturellen Herausforderungen« gelabelt wird. (www.fes.de/ungleiches-deutschland/#c339231)

Wer ist »ostdeutsch«?

Das führt zu weiteren Fragen: Wer ist heute »ostdeutsch«? Der Soziologe Steffen Mau schlägt vor, einer Person dann einen ostdeutschen Hintergrund zuzuschreiben, wenn sie »entweder am 1. November 1989 in der DDR gelebt hat oder, wenn sie nach 1989 geboren wurde, mindestens ein Elternteil besitzt, das zu diesem Zeitpunkt in der DDR lebte.« Der Soziologe Raj Kollmorgen versteht unter Ostdeutschen »all jene Menschen, die entweder in der DDR oder nach 1990 in den fünf neuen Ländern (einschließlich Ostberlin) von ehemaligen DDR-Bürgerinnen geboren wurden und dort wesentlich, das heißt mindestens bis zum 14. Lebensjahr, aufgewachsen sind. Insofern zählen auch erwachsene Menschen aus der DDR, die *vor* 1989 in die Bundesrepublik migrierten, zu Ostdeutschen, sowie diejenigen, die als Kinder Ostdeutscher in den westlichen Bundesländern geboren wurden und dann nach Ostdeutschland zurückkehrten und dort wesentlich leb(t)en. Umgekehrt wird aus einem in der alten Bundesrepublik um 1960 geborenen und dort aufgewachsenen Menschen selbst dann keine Ostdeutsche oder Ostdeutscher, wenn er oder sie 1995 in den

Osten zog und seitdem dort lebt – wie immer dieser Mensch sich selbst fühlen und verstehen mag.« Wird diese Bestimmung der Ostdeutschen zugrunde gelegt, beträgt deren Anteil an der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung zwischen 17 und maximal 20 Prozent.

Die Sozialwissenschaftlerinnen Naika Foroutan, Mara Simon und Sabrina Zajak schlugen 2023 vor, zwischen mehreren Definitionen von Ostdeutschsein zu unterscheiden: »Geo-ostdeutsch« sind demnach alle Personen die derzeit in Ostdeutschland wohnen, auch wenn sie dort nicht geboren sind. »Bio-Ostdeutsch« würde demnach alle erfassen, die in der DDR geboren wurden, als auch diejenigen, die nach der Wende in Ostdeutschland geboren sind – egal, wo sie heute leben. »Sozio-ostdeutsch« sind Menschen mit »Osthintergrund«, also wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil in der DDR oder in dem heutigen Ostdeutschland geboren wurden. Diese Definition ähnelt jener Beschreibung, mit der das Statistische Bundesamt die Kategorie »Migrationshintergrund« definiert. Und schließlich fanden die Wissenschaftlerinnen noch die Definition »Emo-ostdeutsch«. Zu dieser Einordnung kommen Personen nur, wenn sie sich explizit geäußert haben, ob sie sich eher als ostdeutsch oder als deutsch verstehen. »Wir gehen also von einer stärker identitätsstiftenden und emotionalen Verbindung mit der Kategorie ›ostdeutsch‹ aus. Daher bezeichnen wir diese Menschen als ›emo-ostdeutsch‹«, schreiben die Autorinnen. Mit diesen vier Definitionen wollen die Forscherinnen zeigen, dass das Ostdeutschsein eine ambivalente Angelegenheit sein kann. Nicht für alle Menschen, die faktisch ostdeutsch sind, ist diese Eigenschaft auch subjektiv bedeutsam, für andere dagegen schon. Zum anderen wenden sich die Forscherinnen gegen einen »Vereinheitlichungsdiskurs«, der den Erfolg der deutschen Einheit am Verschwinden ostdeutscher Identitäten festmachen will. Dieser ginge nicht nur an den Fakten vorbei, sondern behindere auch »eine autonome und selbstbewusste Identitätsbildung« mancher Ostdeutschen.

Die Wissenschaft liefert also eine Reihe von plausiblen Definitionen darüber, wer ostdeutsch ist. Bleibt noch die Frage, wie sich die so kategorisierten Personen selbst fühlen, warum sie das tun und welche Bilanzen sie nach 35 Jahren ziehen.

Bilanzen der Ostdeutschen

Einmal abgesehen von Großeltern und Ur-Großeltern haben die Ostdeutschen der mittleren Generation die DDR also nur als Jugendliche und Kinder erlebt. Sie müssen sich bei der Einschätzung der DDR in Vielem auf Medien und Erzählungen verlassen. Wer in den Medien auf Umfragen unter »den Ostdeutschen« trifft und sich damit auseinandersetzen will, sollte sich der vorgenannten Umstände bewusst sein.

Ein Bruchteil dieser in den Medien immer wieder auftauchenden Umfragen wird hier gezeigt. Eine davon gibt wieder, wie sich die Ostdeutschen zu folgender Aussage positionieren: »Die Wiedervereinigung hat für die Bürger in den neuen Bundesländern mehr Vorteile als Nachteile gebracht.« Zum Beginn der deutschen Einheit, im Jahr 1991, haben dieser Aussage noch unter 40 Prozent zugestimmt. Im Jahr 2018 waren es dann 65 Prozent der Ostdeutschen. Hier hat sich die Bilanz also verbessert. Zwei von drei Ostdeutschen bewerten die deutsche Einheit als für sich vorteilhaft. Diese Daten stammen von der »Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften« (ALLBUS). Ein Jahr später, 2019, veröffentlichte das Sinus-Forschungsinstitut seine Ergebnisse: »Fragt man die Ostdeutschen, ob es ihnen zu DDR-Zeiten besserging als heute, bejaht dies knapp weniger als ein Drittel (28 Prozent). Auch findet knapp die Hälfte (47 Prozent) der in Ostdeutschland Lebenden, dass der Westen die osteuropäischen Länder nach der Wiedervereinigung stark ausgebeutet hat.« Die Bilanz ähnelt wieder dem Muster, dass zwei Drittel der Ostdeutschen die deutsche Einheit als vorteilhaft ansieht. Das Sinus-Institut zeigt auch, wie die Antwortverteilung mit dem

sozialen Status der Befragten zusammenhängt: Auf der einen Seite verbuchen »vor allem die sozial gehobenen Milieus Vorteile der Wiedervereinigung«. Wem es heute nicht so gut geht, der hat auch einen anderen Blick auf die DDR. Sinus schreibt: »Der DDR-Nostalgie hängen in erster Linie die Milieus der modernen Unterschicht – Hedonisten und Prekäre – an.« Wer sich heute also auf der Sonnenseite des Lebens wiedergefunden hat, der findet auch die deutsche Einheit gut. Im Jahr 2025 fragte die ostdeutsche Zeitschrift »SuperIllu« nach Gewinn und Verlusten. Hier hieß es, dass 52 Prozent der Ostdeutschen die Einheit als Gewinn für sich empfinden, 19 Prozent sehen sie als nachteilig und 21 Prozent als ohne Einfluss für ihr Leben an. Die Bilanzen der Vereinigung haben sich also im Verlaufe der Zeit verbessert, sie bleiben aber auch recht differenziert.

Identifikationen der Ostdeutschen

Die Identifikationen der Ostdeutschen können in viele Richtungen gehen, und das auch simultan: Als Lokalpatriotinnen und -patrioten, die an ihrer Stadt hängen, als Vogtländerinnen und Vogtländer beispielsweise, Thüringerinnen und Thüringer, als Ostdeutsche, als Deutsche oder als Europäerinnen und Europäer. Eines fällt bei dieser Aufzählung auf: »Ostdeutschland«. Denn unter all den genannten Optionen ist »Ostdeutschland« eigentlich keine politisch existierende Einheit mehr. Dennoch identifizieren sich viele immer noch als Ostdeutsche. Das zeigen zum Beispiel auch YouGov-Erhebungen. Sie fragten Menschen, als was sie sich »vor allem« fühlen. Die Befragten konnten wählen zwischen »Ost-deutsch«, »Gesamt-deutsch«, »West-deutsch«, »Weiß nicht« oder »einer anderen Nation zugehörig«. Im Jahr 2019 fühlten sich in den neuen Bundesländern 41 Prozent »vor allem« als Ostdeutsche. Vier Jahre später, 2025, war dieser Anteil noch größer: 48 Prozent der Menschen sagten, sie fühlen sich »vor allem« als Ostdeutsche. Die Westdeutschen übrigens sahen sich 2019 wie

auch 2025 zu 50 Prozent als »Gesamt-deutsch«. Die Ostdeutschen grenzen sich also in ihrer Identität stärker von der westdeutschen Mehrheits-Gesellschaft ab und kehren tendenziell die ostdeutsche Eigenständigkeit hervor.

Eigentlich sollte doch die Entwicklung in die entgegengesetzte Richtung, in die der Angleichung gehen. Warum ist das dennoch nicht so?

Diese Frage beantworten die Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Julian Heide in einer Studie, in der sie die Unterschiede zwischen den ostdeutschen Jahrgängen in den Blick nehmen. Sie untersuchten eine bundesweite infas-Umfrage von 2022 zu den Lebensbedingungen und gesellschaftspolitischen Einstellungen von Menschen ab 16 Jahren. Dabei beschäftigten sie sich mit dem Antwortverhalten auf zwei Fragen. Die erste: »Ostdeutsche und Westdeutsche unterscheiden sich heute immer noch in vielen Dingen«. Dem stimmen mehr als die Hälfte der Ostdeutschen, 60 Prozent zu. Genau gesagt, stimmen 36 Prozent der Ostdeutschen dieser Diagnose »voll und ganz« zu, die restlichen 24 Prozent stimmen »eher« zu. Die Westdeutschen dagegen erkennen nicht so viele Unterschiede, das tut nur eine Minderheit von ihnen, 41 Prozent. Auch das lässt sich noch einmal aufschlüsseln. Nur 18 Prozent der Westdeutschen stimmen der oben genannten These »voll und ganz« zu und 23 Prozent stimmten »eher zu.«

Noch ausgeprägter sind die Ost-West-Differenzen bei der zweiten Frage: »Wie stark sind Konflikte zwischen Ost- und Westdeutschen?« – »Sehr stark« meinen 21 Prozent der Ostdeutschen und »eher stark« 29 Prozent. In der Summe sieht also jeder zweite Ostdeutsche Konflikte zwischen beiden Bevölkerungsgruppen. Die Westdeutschen sind bei diesem Thema weniger problembewusst. Dass die Konflikte »sehr stark« seien, meinen 7 Prozent von ihnen. Für »eher stark« votieren 18 Prozent.

Man sieht hier schon die gleiche Tendenz, welche die Umfragen zu den Identifikationen von Ostdeutschen und Westdeutschen herausgearbeitet hatten: Die Ostdeutschen sehen

mehr Abstände zwischen sich und den Westdeutschen und Gesamtdeutschland.

Als die Forscher das Antwortverhalten nach Geburtsjahren aufschlüsselten, zeigt sich ein Befund, der für die Zukunft des Ostens wichtig werden könnte. Es sind nicht die älteren Jahrgänge, die – möglicherweise wegen der DDR-Prägung oder den problematischen Transformationserfahrungen – die deutsch-deutsche Situation kritisch sehen, sondern die Jahrgänge ab 1971. Bei den Antworten zu den Unterschieden liegen die jungen Westdeutschen und Ostdeutschen um 33 Prozentpunkte auseinander und bei der Konfliktwahrnehmung um 45 Prozentpunkte. Als lebten sie in zwei verschiedenen Ländern. Das ist umso bedeutsamer, weil die ostdeutschen Jahrgänge ab 1971 heute die aktiven Jahrgänge des Ostens darstellen. Sie sind 55 Jahre alt und jünger. Die Soziologen konstatieren: »Die Unterschiedlichkeit, die die Ostdeutschen noch in großer Zahl für sich reklamieren, ist für junge Westdeutsche kaum mehr sichtbar und nachempfindbar.« Und weiter: »Insgesamt ergibt sich damit vor allem für die Jüngeren die paradoxe Situation, dass Ostdeutsche nach wie vor Unterschiede wahrnehmen, welche die Westdeutschen kaum noch erkennen. [...] Westdeutsche begegnen dem Insistieren auf Andersartigkeit der Ostdeutschen nur achselzuckend, was auch die Kommunikation um das deutsch-deutsche Binnenverhältnis verkompliziert.«

Wie ist die Situation zu erklären und was folgt aus ihr? Das Forscherteam greift auf zwei Erklärungen zu. Ihre erste bezieht sich auf die öffentliche Diskussion über Ostdeutschland und die Ostdeutschen. Man vermutet, dass die Ostdeutschen ihre Geschichte und ihre Probleme nicht angemessen reflektiert sehen und sie deshalb, – vermittelt auch durch Bücher, Musik oder auf Social-Media-Plattformen – einen stärkeren Binnenbezug ausbilden.

Die zweite Erklärung vergleicht die Situation jener ostdeutschen Jahrgänge mit der zweiten und dritten Migrantengeneration. Die Migrationsforschung fasst das mit der Metapher

zusammen: »Was der Vater zu vergessen wünscht, will der Sohn erinnern.« Das Team um Mau ordnet die Haltung der nach 1971 geborenen Ostdeutschen ähnlich ein: »Stand für die in der DDR sozialisierten Jahrgänge noch das ›Einfädeln‹ und ›Ankommen‹ im Vordergrund, könnte dies in den jüngeren Geburtskohorten neu und anders konnotiert werden. Die Anpassungsleistungen der Altvorderen erschienen aus ihrer Sicht als kritikwürdig und die Bereitschaft zur Markierung von Differenz würde steigen.« Somit treten »Gefühle von Andersartigkeit, das Beharren auf Differenz oder die Politisierung von strukturellen Ungleichheiten erst mit ›generationeller Verzögerung‹ auf. Es entsteht nun ein größeres Bewusstsein von Spannungen zwischen einer ›Adoptivkultur‹ und sozialisierten Denkweisen und Orientierungen, die im familiären Kontext eine Rolle spielen.« Hinzu kommt bei den ab 1971 geborenen Ostdeutschen noch ein anderer Umstand. Erst mit gelungener Integration können Angehörige migrantischer Minderheiten ihre differenten Erfahrungen wie auch ihre Ansprüche stärker artikulieren.

Die oben festgestellt Bereitschaft der seit 1971 geborenen Ostdeutschen, sich von den Westdeutschen und der deutschen Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen, kann natürlich auch durch die populistischen »Polarisierungsunternehmer« von der AfD ausgebeutet werden. Dann wird die Abgrenzungsbereitschaft Teil eines größeren Konfliktes. Das Team um Mau beschreibt diesen Konflikt als einen weiter gefassten Kulturkampf, der sich auf »das Ringen um liberale Werte, Fragen nationaler Identität und den Umgang mit Migration bezieht«. Rechtspopulistische Akteure, darunter etliche Westdeutsche, haben »Ostdeutschland-Rufe« auf die Straße gebracht und Slogans wie ›DDR 2.0‹ oder ›Vollende die Wende‹ als Reminiszenz einer spezifischen ostdeutschen Erfahrung politisch aufgeladen.«

Einstellungen der Ostdeutschen im Vergleich mit Westdeutschen

Wachsende Kritik an der Demokratie

Bei den Ostdeutschen verliert die Demokratie, wie sie tatsächlich in der Praxis funktioniert – im Unterschied zur Idee der Demokratie – weiter an Boden. Gleichzeitig nehmen rechts-populistische und rechtsextreme Einstellungen zu.

Der jüngste Thüringen-Monitor zeigt die Zahlen von 2024 und stellt fest: »Insgesamt öffnet sich in der Thüringer Bevölkerung die Schere immer weiter zwischen der sehr hohen Unterstützung eines Ideals der Demokratie und der negativen Wahrnehmung, wie diese tatsächlich »in der Praxis funktioniert««. Das gleiche Meinungsbild findet sich auch im Sachsen-Monitor 2023. In beiden Bundesländern liegt die Zustimmung zur Demokratie *als Staatsidee* seit Jahren deutlich über 80 Prozent. Hinsichtlich der Umsetzung des demokratischen Ideals aber zeigen beide Umfragen eine ausgeprägte Unzufriedenheit. In Sachsen sind 2023 nur noch 41 Prozent der Menschen zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Das Gleiche in Thüringen 2024: Auch hier ist nur noch eine Minderheit der Landeskinder zufrieden mit der Demokratie, nämlich 43 Prozent. Dieser Wert ist seit dem Jahr 2000 gesunken.

Im Bundesdurchschnitt liegt die Quote derer, die meinen »die deutsche Demokratie funktioniert im Großen und Ganzen ganz gut«, auch nur noch bei 52 Prozent. Dieser Wert ist für eine demokratische Gesellschaft auch schon sehr schlecht, aber er liegt noch zehn Prozent höher als der alarmierende ostdeutsche Durchschnitt. Beide Werte kann man der Studie »Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25« entnehmen.

Nun haben die Menschen in einem Land doch recht unterschiedliche Vorstellungen von dem, was »Demokratie« idealerweise ist. Und dementsprechend gibt es auch unterschiedliche

Maßstäbe, an denen das Funktionieren von Demokratie gemessen wird. Natürlich reflektierten die Menschen das im Einzelnen nicht. Die oben schon genannte Studie »Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25« hat das allerdings getan. Sie hat drei verbreitete Idealvorstellungen von Demokratie gefunden. Die beiden sich am weitesten gegenüberstehenden sollen hier skizziert werden. Die eine ist die minimale oder illiberal-majoritär geprägt Demokratievorstellung, die andere ist die substantielle oder libertäre Demokratievorstellung.

Die minimale Demokratievorstellung hält freie und faire Wahlen, den politischen Wettbewerb um Stimmen und Ämter und schließlich das Mehrheitsprinzip als Grundlage für die Herrschaft des Volkes für ebenso wichtig wie andere Demokratievorstellungen. Sie unterscheiden sich von anderen aber darin, was nach der Wahl geschehen sollte. Dieser Demokratieauffassung gemäß würde dann die grenzenlose Mehrheitsmacht bestehen und nationale Homogenität wie auch die einheimische Identität den Vorrang haben. All das wird als wahre Volksherrschaft verstanden. Das Wirken unabhängiger Gerichte und die Grundrechte sowie die individuelle Freiheit von jenen, die angeblich »nicht dazugehören«, seien demnach zweitrangig. Somit haben eben *auch* jene Deutschen, welche populistische Einstellungen teilen, eine Vorstellung von »der Demokratie«, wie sie idealerweise funktionieren soll – nur eben eine minimale Demokratievorstellung.

Die substantielle Demokratievorstellung hält ebenfalls freie und faire Wahlen, den politischen Wettbewerb um Stimmen und Ämter und schließlich das Mehrheitsprinzip als Grundlage für die Herrschaft des Volkes. Sie besteht darüber hinaus aber auch auf dem Schutz individueller Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit, sowie inklusiver Mitbestimmung und auf sozialen Voraussetzungen für demokratischer Teilhabe.

Interessant wird es, wenn man fragt, welche Gruppen welche Demokratievorstellung bevorzugt. Die Studie »Die angespannte Mitte« hat das getan. Es zeigt sich, dass vor allem die

Anhängerschaft der minimal geprägten Demokratievorstellung unzufrieden mit dem Funktionieren der heutigen Demokratie sind. Sie misstrauen den demokratischen und staatlichen Institutionen sowie den Wahlen. Es sind 30 bis 45 Prozent der Bevölkerung, die aufgrund ihrer minimal geprägten Demokratievorstellung das heutige demokratische System ablehnen. Diejenigen, die sich heute über die »Schein-Demokratie« aufregen, sind also ausgerechnet jene, die im Falle ihres Wahlsiegs anderen ihre Rechte beschneiden wollen um eine Gesellschaft nach ihrem Gusto durchzusetzen.

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus

Der jüngste Thüringen-Monitor 2024 legt seinen Schwerpunkt auf Menschen, die rechts-populistischen und rechtsextremistischen Überzeugungen anhängen. Wie schon im Jahr 2023 teilen auch im Jahr 2024 60 Prozent der Menschen in Thüringen rechtspopulistische Einstellungen. Sie schimpfen also auf »die da Oben«, auf »das korrupte System«, die Parteien und die Medien sowie »die Ausländer« – hängen aber keinen rechtsextremen Einstellungen an. Der Anteil der thüringischen Bevölkerung, mit einem rechtsextremen Weltbild liegt 2024 bei 8 Prozent.

Beim Rechtsextremismus wird immer noch von einem ost-deutschen Problem gesprochen. In den letzten Jahren haben sich die Ost-West-Unterschiede jedoch abgeschwächt. Das zeigt die bereits angesprochene Studie »Die angespannte Mitte«. Sie untersucht unter anderem die Verteilung von rechtsextremen Vorstellungen in ganz Deutschland. Sie geht dabei noch detaillierter vor als der letzte Thüringen-Monitor und schlüsselt den Rechtsextremismus nach einzelnen Dimensionen auf. Diese Aufschlüsselung führt vor dem Hintergrund der oben genannten Klischees über den braunen Osten zu überraschenden Ergebnissen. Die Studie fand sechs Dimensionen des Rechtsextremismus. Ihre nun folgende genauere Erklärung soll eine Vorstellung davon vermitteln, welche rechtsextremen Einstellungen die Forschenden mit ihren Testfragen entdeckten.

Die erste Dimension rechtsextremer Einstellungen ist die »Befürwortung einer rechtsgerichteten Diktatur«. Die Befragten sollen sich dazu positionieren, ob »unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform und im nationalen Interesse« sei, ob Deutschland jetzt »eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpere« brauche oder ob es wünschenswert sei, dass »ein Führer, Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.« Hier gibt es keinen Unterschied, im Osten neigen 4,1 Prozent diesen Vorstellungen zu, im Westen 4,2 Prozent.

Die zweite Dimension rechtsextremer Einstellungen ist der »Nationalchauvinismus«. Die Interviewten sollen sich dazu positionieren, ob »wir endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl« haben sollten oder eben zu Forderungen wie »Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland« oder »Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.« Dem stimmen 17,1 Prozent der Ostdeutschen zu, aber immerhin 20,6 Prozent der Westdeutschen.

Die dritte Dimension rechtsextremer Einstellungen ist die »Verharmlosung des Nationalsozialismus«. Die Befragten sollen sich zu folgenden Aussagen positionieren: »Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen«, »Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden« oder »der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten«. Das meinen nur 0,6 Prozent der Ostdeutschen, aber 1,6 Prozent der Westdeutschen.

Die vierte Dimension rechtsextremer Einstellungen ist die »Fremdenfeindlichkeit«. Um ihre Ausprägung zu messen, sollten sich die Befragten zu folgenden Aussagen positionieren: »Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.« »Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken« und »Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem

gefährlichen Maß überfremdet.« Hier sind es 11,1 Prozent der Ostdeutschen, die diesen Aussagen zustimmen, aber nur 6,9 Prozent der Westdeutschen.

Die fünfte Dimension rechtsextremer Einstellungen ist der »Antisemitismus«. Er spiegelt sich in der Zustimmung zu Aussagen wie »Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß«, »Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.« Und: »Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht.« Das meinen 0,4 Prozent der Ostdeutschen, aber ein Vielfaches davon, 2,6 Prozent der Westdeutschen.

Die sechste Dimension rechtsextremer Einstellungen ist der »Sozialdarwinismus«. Diese Vorstellung wird an der Zustimmung zu folgenden Testfragen erhoben: »Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen« oder »Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen« oder der Aussage, dass es »wertvolles und unwertes Leben« gäbe. Sozialdarwinistischen Vorstellungen hängen 0,3 Prozent der Ostdeutschen, aber 2,4 Prozent der Westdeutschen an.

Vergleicht man also die Rechtsextremen Ost- und Westdeutschlands – nicht die gesamte Bevölkerung in den alten und neuen Bundesländern – so kann man sagen: Die ostdeutschen Rechtsextremen sind im Vergleich zu den westdeutschen Rechtsextremen noch fremdenfeindlicher eingestellt, während die westdeutschen Rechtsextremen nationalchauvinistischer, antisemitischer und sozialdarwinistischer sind und zudem den Nationalsozialismus stärker verharmlosen.

»Bürger zweiter Klasse«

Wenn es um die Ostdeutschen als Teil des Vereinigungsprozesses geht, dann spielte von Anfang an die Formel »Bürger zweiter Klasse« eine große Rolle. Und über die Jahrzehnte der Einheit publizierten die Medien immer wieder diese oder jene Umfrage darüber, wie viele Ostdeutsche sich jeweils als

»Bürger zweiter Klasse« fühlten, ob die Werte gestiegen oder gesunken seien. Am Anfang des Vereinigungsprozesses, im Jahr 1990, bejahten 87 Prozent der Ostdeutschen die Aussage »Die Ostdeutschen sind Bürger zweiter Klasse«. Danach ging der Wert etwas zurück und schwankte über zwanzig Jahre zwischen 80 und 70 Prozent Zustimmung. Dann aber, seit 2010, gehen die Zustimmungen zurück und sind 2019 bei einem Tiefstwert von 57 Prozent angekommen. Das heißt also: die etwas kleinere Hälfte der Ostdeutschen ist im vereinigten Deutschland angekommen und sieht sich integriert. Die etwas größere Hälfte der Ostdeutschen bekundet auf Nachfrage immer noch, dass sie sich als »Deutscher zweiter Klasse« zurückgesetzt fühlt.

Es gibt hierbei aber Differenzierungen. Diese hat der Sachsen-Monitor von 2018 herausgearbeitet. Er hat die Selbstzuordnung als »Bürger zweiter Klasse« mit zwei anderen Faktoren verknüpft, nämlich mit Wohnort und Bildung. Laut Statistik sehen sich im Osten »formal niedriger Gebildete überdurchschnittlich häufig als »Bürger zweiter Klasse««. Hier kreuzt sich das ostdeutsche Zurücksetzungsgefühl mit der allgemeinen Zurücksetzung aufgrund des sozialen Status. Zudem zeigt der Sachsen-Monitor 2018, dass sich in den Metropolen nur ein Drittel der Befragten als, »Bürger zweiter Klasse« fühlen, auf dem Lande hingegen und in den Städten bis hunderttausend Menschen sind es zwei Drittel. (⇒ Der Osten und seine ländlichen Räume) Selbst die Regierungsbezirke spielen eine Rolle. Im abgehangenen Chemnitz und dessen Umland meinen 65 Prozent, dass sie »Bürger zweiter Klasse« sind, im Regierungsbezirk um das gut dastehende Leipzig sind es nur 40 Prozent. Auch hier wird das ostdeutsche Zurücksetzungsgefühl durch andere Faktoren verstärkt oder kompensiert. Verstärkt wird es durch das Leben in der ostdeutschen Peripherie, kompensiert wird es durch das Leben in einer sich gut entwickelnden Metropole.

Man kann diese Stellungnahmen auch kontrastieren mit der Einschätzung der »eigenen Wirtschaftslage«. Im Jahr 2018

bezeichnen 72 Prozent der Westdeutschen und 69 Prozent der Ostdeutschen ihre »eigene Wirtschaftslage« als gut bis sehr gut.

Was zeigen diese Werte? Es kommt also darauf an, ob nach der individuellen Situation gefragt wird, oder nach der Situation der »Wir«-Gruppe. Die »eigene Wirtschaftslage« beispielsweise kann man als gut einschätzen, die der eigenen »Wir«-Gruppe jedoch als schlecht. Man solidarisiert sich sozusagen mit der eigenen »Wir«-Gruppe und ihrer – erlebten oder vermuteten – Zurücksetzung in die Zweitklassigkeit.

Solidarität und Empathie sind wichtige Werte. Es fragt sich nur, auf wen sich Solidarität und Empathie bezieht und wo bei-
des seine Grenzen findet.

Die Antwort darauf fanden Forschenden im Sachsen-Monitor 2018. Sie arbeiteten dort heraus, dass die Selbsteinschätzung als »Bürger zweiter Klasse« in Zusammenhang mit anderen Einstellungen der Befragten steht. Die Studie zeigte, dass die sich als zurückgesetzt erlebenden »Bürger zweiter Klasse« ihrerseits bereit sind, andere Menschen zurückzusetzen. Die Forschung definierte das jeweilige Ausmaß solch aggressiver Vorurteile als »Ressentiment-Level« einer Person. Es lässt sich also herausfinden, ob Befragte ein hohes oder niedriges »Ressentiment-Level« haben und in welchen besonderen Dimensionen sich dieses zeigt.

Wie wurde das Ressentiment-Level festgestellt? Das geschah, indem sich die Interviewten zu bestimmten Aussagen positionieren sollten. Hierzu gehörten: »Frauenrechte und die Bemühungen um Gleichstellung der Frauen werden vollkommen überzogen behandelt«, »Juden versuchen heute Vorteile daraus zu ziehen, dass sie während der Nazi-Zeit Opfer gewesen sind«, »Menschen, die wenig nützlich sind, kann sich keine Gesellschaft leisten«, »Es gibt wertvolles und unwertes Leben«, »die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns«, »Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen« und schließlich »Für Behinderte wird

in Deutschland zu viel Aufwand betrieben«. Es ist offenkundig, dass die Bejahung solcher Aussagen demokratischen Werten zuwiderläuft und dass Personen, die solche Aussagen offensiv vertreten, die Demokratie erodieren lassen.

Wie stehen die gerade aufgezählten undemokratischen Ressentiments mit der Aussage mancher Ostdeutschen in Zusammenhang, nur »Deutsche zweiter Klasse« zu sein? Die Daten der Sachsen-Monitor 2018 belegen, dass die Selbstzuordnung als »Bürger zweiter Klasse« vor allem bei jenen Menschen zu verzeichnen ist, bei denen auch ein hohes »Ressentiment-Level« gemessen wurde. Es beklagen also vor allem jene Ostdeutschen ihren Status als »Bürger zweiter Klasse«, die anderen Menschen nicht die gleichen Rechte wie sich selbst zubilligen wollen. Ihr Ressentiment-Muster erscheint wie eine *Hausordnung*, die sie dann auch durchsetzen wollen, wenn durch entsprechende Wahlentscheidungen ihre »Wir-Gruppe« *»wieder Herr im eigenen Hause«* geworden ist.

Die Vorstellung, dass die Ostdeutschen »Bürger zweiter Klasse« seien, ist doppeldeutig. Einerseits kann man sie als konzentrierte Zusammenfassung der zurückliegenden Benachteiligungen der Ostdeutschen aufgrund ihres Ostdeutsch-Seins verstehen. Andererseits haftete ihnen die Einseitigkeit an, die vielen identitätspolitischen Diskursen eigen ist. Die Rede von den Ostdeutschen als »Bürger zweiter Klasse« übersieht auch die Zurücksetzung anderer Gruppen aufgrund von Klassenzugehörigkeit, Gender, sexuellen Identitäten, ethnischen Merkmalen oder der Kombination dieser Dimensionen. Sie übersieht, oder will nicht sehen, dass noch viele andere Gruppen, strukturell diskriminiert sind.

Der Osten – Zusammenfassung

Der Osten ist ein Landstrich andauernder Umbrüche. Seit siebzig Jahren waren die Ostdeutschen immer wieder Teil von tiefgreifenden Wandlungen: Im Osten folgte auf den Zweiten Weltkrieg und das Ende der Hitler-Diktatur die sowjetische Besatzung und die gewaltsame Durchsetzung des sozialistischen Modells. Bis zur vollständigen Grenzschießung 1961 flüchteten über 3 Millionen Menschen aus dem Osten in den Westen. Hier waren die Lebensverhältnisse besser. Zudem wurden Menschen, die sich gegen die SED-Diktatur stellten oder auch nur antisozialistisch oder westlich erschienen, verfolgt – durch Behinderung beim beruflichen Fortkommen bis hin zur Inhaftierung. In den Siebzigern folgte ein etwas liberalerer Konsum-Sozialismus. Die Lebensverhältnisse verbesserten sich, die Verfolgungen blieben. Global schien der nichtkapitalistische Weg an Zuspruch zu gewinnen, und die DDR selbst gewann internationale Anerkennung. Zu dieser Zeit gab es relativ viele in den Fünfzigerjahren geborene Ostdeutsche, die den Ideen des Sozialismus folgten. Ihre in den Siebzigerjahren geborenen Kinder hingegen taten das nicht mehr und orientierten sich nach Westen. Sie und die in den Sechzigerjahren Geborenen bildeten den Kern der Fluchtwelle vom Sommer 1989 die zum Auslöser der demokratischen Herbstrevolution in der DDR wurde. So gab es im Osten wieder einen Umbruch. Das Leben der gesamten Bevölkerung wurde umgekrempelt. Einerseits brachten Revolution und Beitritt für alle Ostdeutschen den Rechtsstaat und die Freiheit, andererseits aber auch für Millionen die Freiheit von ihrer Arbeit. Der rasche Beitritt zur Bundesrepublik erfüllte zwar die Wünsche von zwei Dritteln der Ostdeutschen, die bei den Volkskammerwahlen 1990 genau dafür gestimmt hatten. Die wirtschaftliche Vereinigung

vollzog sich dann folgerichtig nach westdeutschem Szenario, wuchs sich für den Osten allerdings zur Katastrophe aus. Die Industrieproduktion sank stärker als bei der Weltwirtschaftskrise 1929/30. Erst im Jahr 1995 hatte der Osten mit 59 Prozent des westdeutschen Wirtschaftsleistungsniveaus wieder jene West-Ost-Relation überschritten, die DDR und Bundesrepublik zueinander gehabt hatten. Nach kurzem Anstieg kamen in den 2000er-Jahren die Produktivität und das Einkommen im Osten nur noch in Trippelschritten an die des Westens heran. Die Wirtschaft des Ostens war zu einer Zweigstellen-Wirtschaft westdeutscher und ausländischer Konzerne geworden. Fast ein Viertel der Ostdeutschen, knapp 3,7 Millionen Menschen, zog nach 1990 aus dem Osten in den Westen, verließ Freunde, Verwandte und die Heimat, um sich im Westen eine neue Arbeit und ein neues Leben zu suchen. Am Ende hatte sich das für viele von ihnen gelohnt. Als Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die Jüngeren auch verbeamtet, oder als gut-bezahlte Facharbeiter der westdeutschen Industrie sind sie zu Wohlstand gekommen.

Auch die »Hiergebliebenen« folgten nach 1990 den Erzählungen der Westdeutschen und Westdeutschlands: dass das Wirtschaftswunder nichts anderes als ein Ergebnis langanhaltender Anstrengungen gewesen sei. Wenn man nur hart genug arbeite, kämen auch im Osten die »blühenden Landschaften«. Nun habe man ja das richtige Wirtschaftssystem und richtiges Geld. Die Ostdeutschen stellten sich den Herausforderungen – als engagierte Arbeitnehmer, Unternehmer, Angehörige von Parteien und Vereinen. Ihre Bilanz bleibt durchwachsen. Zwar sind die heimischen Autobahnen, über die sie ihre Arbeit erreichen, moderner als im Westen. Zugleich leben sie in einem Landstrich, der infrastrukturell ausdünnert. Wenn sie am Wochenende ihre Kinder und Enkel besuchen, gehen sie durch sanierte Stadtkerne. Am Markt stehen schöne Jugendstilhäuser – in westdeutschem Besitz. Die Generation ihrer Kinder und Enkel ist oft erfolgreich im vereinigten Deutschland angekommen und beruflich etabliert. Doch sie kennen alle

mehr oder weniger die gebrochenen Biografien ihrer Eltern oder Großeltern. Diese Erzählungen, aber auch neue, eigene Erfahrungen, führen bei einem nicht unerheblichen Teil der Jahrgänge, die die DDR kaum noch oder überhaupt nicht mehr kannten, zum Gefühl, ostdeutsch zu sein.

Die Hälfte der Ostdeutschen sieht sich als »Bürger zweiter Klasse«. Viele von jenen, die sich hintangestellt sehen, glauben zwar weiter an Leistung und Ungleichheit als Grundpfeiler der heutigen Ökonomie. Aber sie meinen, dass die Politik die Falschen bevorteilt. Bei ihnen wachsen deshalb auch die Ressentiments gegenüber jenen, die angeblich zu viel Aufmerksamkeit bekommen: Angehörige anderer Ethnien und Religionen, queere Personen, Langzeitarbeitslose, Bürgergeldempfänger und Obdachlose. Sie sind zu dem Schluss gekommen, dass ihnen ihre wechselnden Wahlentscheidungen für die Mitte-Parteien nichts gebracht haben und wählen die AfD. Sie meinen, dass nichts anderes mehr hilft und legen die Axt an den Stamm eines ihnen untauglich erscheinenden Systems. Insofern unterscheidet sich der ostdeutsche Rechtspopulismus nicht vom internationalen. Doch es gibt auch Besonderheiten. Erstens wurden im Osten die Auswirkungen der Globalisierung durch die Probleme der wirtschaftlichen Vereinigung verstärkt. Obwohl man doch 1990 Helmut Kohl und sein CDU-Bündnis gewählt hatte, wurden dennoch die Betriebe »plattgemacht oder verscherbelt« und das eigene Leben in der Öffentlichkeit abgewertet – so die Wahrnehmung vieler Ostdeutscher. Und da die Transformation des Ostens westdeutsch dominiert war, konnte die dem Populismus innewohnende Gratis-Kritik an den Eliten auch zu einem Konflikt zwischen »uns hier unten« und den »Westdeutschen da in Berlin« zugespitzt werden. Das setzte sich fort bis in die Zeit der sogenannten Migrationskrise. Die Politik blieb ferne, fremde, westdeutsche Staatspolitik, welche die Probleme nicht so löst, wie sich das ein wachsender Teil der Wählerschaft vorstellte. Zweitens gibt es im ostdeutschen Gedächtnis mit der Herbstrevolution von 1989 eine besondere Erfahrung, die zur heutigen

Konstellation zu passen scheint: Ein politisches System, dass jahrelang nicht auf Störungsmeldungen reagieren will oder kann, muss ausgetauscht werden. In der DDR war mit Revolution und Beitritt auf diese Weise das Ruder herumgerissen worden. Durch diese beiden Faktoren hat der Populismus im Osten noch einen besonderen Treibsatz.

Sechsenddreißig Jahre nach dem Beitritt kennzeichnen den Osten verschiedene Merkmale. Der Osten ist ländlicher und älter. Der Bevölkerungsanteil in ländlichen Räumen ist hier höher als im Westen und der Altersdurchschnitt auch. Die Bewohner des Ostens sind beim Einkommen schlechter gestellt als die Menschen im Westen. Für das geringere Vermögen der Ostdeutschen ist die Art der Privatisierung des DDR-Volkvermögens und für die schlechte Altersversorgung ist das Stückwerk der Rentenüberleitung verantwortlich. Der Osten ist immer noch von aus dem Westen stammenden Eliten fremdbestimmt. Zugleich ist der Osten auch eine Projektionsfläche. Die ältesten in Ostdeutschland verklären bisweilen die DDR und versuchen damit die Erinnerungen an ihr Leben zu verteidigen. Für manche aus den jüngeren Generationen bietet die DDR-Zeit Inspiration für alternative gesellschaftliche Lösungen. Aus westdeutscher Perspektive sind die Staatsverbrechen und das Scheitern der DDR eine Quelle der Selbstbestätigung. Nach dem Beitritt kamen die Klischees hinzu, dass die Ostdeutschen die neuen Bundesländer zum Milliardengrab gemacht hätten und zum »braunen Osten«.

Die Zukunft des Ostens ist offen. Natürlich. Sie ist in gewisser Weise aber »offener«, als sie es nach dem Umbruch von 1990 war. Damals ging es um das Aufholen und den Nachbau des Westens. Spätestens nach zwanzig Jahren war klar, dass der Osten etwas Eigenes bleiben wird – wirtschaftlich, parteipolitisch, politisch kulturell und mit den Identifikationen seiner Bevölkerung. Die Zukunftsfragen Deutschlands werden hier etwas anders beantwortet werden.

Tipps zum weiterlesen

Literatur

Bangel, Christian: Oder Florida. München, Piper 2017.

Bolz, Hendrik: Nullerjahre. Jugend in blühenden Landschaften Köln, Kiepenheuer & Witsch 2022.

Hein, Christoph: Landnahme. Frankfurt/M. Suhrkamp 2004.

Laabs, Laura: Adlergestell. Stuttgart. Tropen 2025.

Lemke, Grit: Kinder von Hoy. Freiheit, Glück und Terror. Berlin, Suhrkamp 2023.

Müllensiefen, Domenico: Schnall dich an, es geht los. Berlin, Kanon Verlag 2024.

Präkels, Manja: Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß. Berlin, Verbrecher Verlag 2017.

Rietzschel, Lukas: Mit der Faust in die Welt schlagen. Berlin, Ullstein 2018.

Richter, Peter: 89/90. München, Luchterhand Literaturverlag 2015.

Seiler, Lutz: Stern 111. Berlin, Suhrkamp 2020.

Sachbücher

Amlinger, Carolin; Nachtwey Oliver: Zerstörungslust. Elemente des demokratischen Faschismus. Berlin, Suhrkamp 2025.

Ganzenmüller, Jörg (Hrsg.): Transformationserfahrungen. Lebensweltliche Umbrüche in Ostdeutschland nach 1990. Köln, Böhlau, 2025.

Hensel, Jana: Zonenkinder. Reinbek, Rowohlt 2002.

Kowalczyk, Ilko-Sascha: Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München, C. H. Beck 2019.

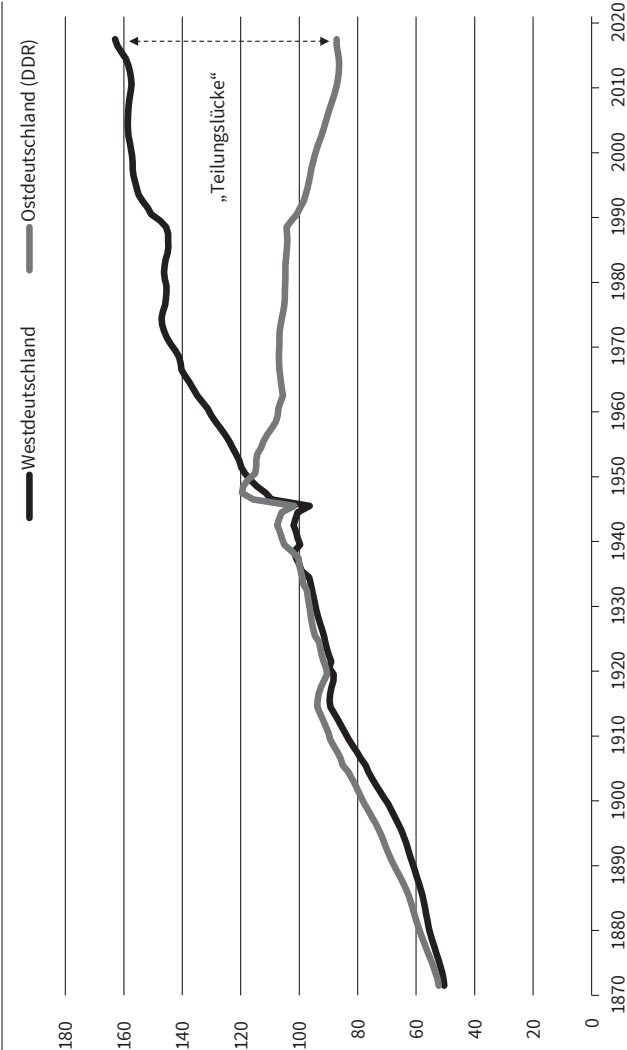
Mau, Steffen: Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin, Suhrkamp 2024.

Mau, Steffen: Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin, Suhrkamp 2019.

Oschmann, Dirk: Der Osten: eine westdeutsche Erfindung. Berlin, Ullstein Buchverlage 2023.

Abbildung

Abb. 1
Einwohnerzahl von West- und Ostdeutschland (1936 = 100)



Hinweis: Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Einwohnerzahl von Westdeutschland (inklusive Saarland) und Ostdeutschland (Gebiet der damaligen DDR) zwischen 1871 und 2017. Das Jahr 1936 ist auf 100 normiert.

Quelle: Statistisches Amt der DDR (1990), Besser (2008) [mit weiteren Nachweisen], Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (2018), Bolt et al. (2018), Darstellung des ifo Instituts.

© ifo Institut

Verwendete Literatur

Ahbe, Thomas; Hofmann, Michael und Stiehler, Volker (Hrsg.) (2024): Redefreiheit. Öffentliche Debatten der Leipziger Bevölkerung im Oktober und November 1989 – Problemwahrnehmungen und Lösungsvorstellungen aus der Mitte der Gesellschaft. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.

Ahbe, Thomas; Gries, Rainer (2006): Gesellschaftsgeschichte als Generationengeschichte. Theoretische und methodische Grundlegung am Beispiel der DDR, in: Annegret Schüle, Thomas Ahbe und Rainer Gries (Hrsg.): Die DDR aus generationengeschichtlicher Perspektive. Eine Inventur. Leipzig, Leipziger Universitätsverlag, S. 475–571.

Alisch, Steffen (2016): Zwischen Kontrolle und Willkür – Der Strafvollzug in der DDR. In: Bundeszentrale für politische Bildung (online).

Baring, Arnulf (1991): Deutschland, was nun? Ein Gespräch mit Dirk Rumburg und Wolf Jobst Siedler. Berlin, Siedler Verlag.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland: Zum Stand der Deutschen Einheit. Bericht 2024 Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen. Berlin, 2024.

Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland: Zum Stand der Deutschen Einheit Bericht der Bundesregierung 2023. Berlin, 2023.

Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe – 17. Kinder- und Jugendbericht – und Stellungnahme der Bundesregierung (2024) (online).

Bevölkerungsentwicklung in Ost- und Westdeutschland zwischen 1990 und 2024: Angleichung oder Verfestigung der Unterschiede? In: Statistisches Bundesamt (online).

Bickerich, Wolfgang (1990): »Es ist ein anderes Leben«. Können die Deutschen nach 40 Jahren getrennter Entwicklung wieder ein Volk werden? Die Unterschiede in Mentalität und Lebensart sind auffällig, die Besonderheiten groß: Die Brüder – und Schwestern – passen kaum zusammen. Die Ostdeutschen verhalten sich wie Deutsche zweiter Klasse – und werden auch so behandelt. In: Der Spiegel H. 39 (23.09.), S. 34–61.

Böick, Marcus (2020): Die »Ur-Treuhand« im Jahr 1990. Eine Archäologie zur Vor-, Ur- und Frühgeschichte einer später hochumstrittenen Organisation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (online).

Bullion, Constanze von (2011): Gift der Diktatur. Es ist kein Zufall, dass die braune Mörderbande aus dem Osten kommt: In den neuen Ländern ließ man rechtsextremistische Milieus blühen. Nimmt da eine Generation Rache an den sozialistischen Eltern? Die Frage führt auch zu Merkmalen, die schon die erste deutsche Diktatur zusammenhielten. In: süddeutsche.de, 23.11. (online).

Bretschneider, Uta (2016): »Vom Ich zum Wir«? Flüchtlinge und Vertriebene als Neubauern in der LPG. Leipzig, Leipziger Universitätsverlag.

Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25. (2025): (hrsg. von Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros und Marco Eden, Bonn, Dietz, J. H. W.

Engler, Wolfgang (1999): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land. Berlin, Aufbau-Verlag.

Foroutan, Naika; Simon, Mara; Zajak, Sabrina (2023): Wer ist hier eigentlich ostdeutsch, und wenn ja, wie viele? Zur Konstruktion, Wirkungsmacht und Implikation von Ostidentitäten. In: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) Research Notes, Berlin H. #15/23, S. 6–10.

Geißler, Rainer (2014): Facetten der modernen Sozialstruktur. In: Informationen zur politischen Bildung (online).

Gerlach, Manfred (1991): Mitverantwortlich. Als Liberaler im SED-Staat. Berlin, Morgenbuch-Verlag.

Gibas, Monika (1997): Ideologie und Propaganda. In: Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch. Hrsg. von Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan und Jürgen Winkler, Berlin, Dietz Verlag, S. 241–262.

Graffenberger, Martin (2020): Das Erzgebirge – ländlicher Raum zwischen Tradition und Innovation. In: Claus-Christian Wiegandt, Christian Krajewski (Hrsg.): Land in Sicht Vielfalt ländlicher Räume in Deutschland: zwischen Prosperität und Peripherisierung. Bonn, Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 377–288.

Grünheid, Evelyn: Überblick über die demographische Entwicklung in West- und Ostdeutschland von 1990–2004. In: Insa Cassens, Marc Luy und Rembrandt Scholz (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demographische und gesellschaftliche Entwicklungen seit der Wende, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 12–47.

Hidalgo, Oliver; Yendell, Alexander (2021): Die konstruierte Ost-West Spaltung – Akteure und Kulturen der Gesellschaftsgestaltung, in: Judith C. Enders, Raj Kollmorgen und Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung Frankfurt/M., Campus. S. 361–437.

Hoffmann, Elisabeth (2025) Die Themen der Jugend. Lebenswünsche, Krisen & Zukunftssorgen. Berlin, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Hofmann, Michael (2020): Soziale Strukturen in Ostdeutschland. In: Bundeszentrale für politische Bildung (online).

Holtmann, Everhard; Köhler, Anne (2015): Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen. Frankfurt/M.

Holtmann, Everhard; Jaek Tobias (2025) Politische Einstellungen in Ostdeutschland nach dem »doppelten Transformationsschock«. In: Jörg Ganzenmüller (Hrsg.): Transformationserfahrungen. Lebensweltliche Umbrüche in Ostdeutschland nach 1990, Köln, Vandenhoeck & Ruprecht, S. 35–47.

Jessen, Ralph (2007): Vom Scheitern sozialistischer Sinnstiftung. Sigrid Meuschels Studie zu den Legitimitätsansprüchen des SED-Regimes. In: Jürgen Danyel, Jan-Holger Kirsch und Martin Sabrow: 50 Klassiker der Zeitgeschichte. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, S. 226–229.

Kersting, Franz-Werner (Hrsg.) (2010): Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955 – 1975. Stuttgart, Steiner.

Kinder- und Jugendbericht 2024 (siehe Bericht...)

Kohli, Martin (1994): Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Jürgen Kocka, Hartmut Kaelble und Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, Klett-Cotta, S. 31–61.

Kollmorgen, Raj (2025): Mittendrin. In der Transformation im Osten. In: Andreas Zick, Beate Küpper, Nico Mokros und Marco Eden, (Hrsg.): Die angespannte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2024/25, Bonn, Dietz, S. 279–288.

Kollmorgen, Raj; Schaller, Jan (2024): Von der Exklusion zur Entfremdung? Realitäten und Folgen der Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Eliten seit 1990. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. (online).

Kreyenfeld, Michaela (2009): Das zweite Kind in Ostdeutschland. Aufschub oder Verzicht? In: Insa Cassens, Marc Luy und Rembrandt Scholz (Hrsg.): Die Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland. Demographische und gesellschaftliche Entwicklungen seit der Wende, Wiesbaden, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 100–123.

Kubiak, Daniel (2020): Deutsch-deutsche Identitäten in der Nachwende-generation. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (online).

Kohli, Martin (1994): Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Jürgen Kocka, Hartmut Kaelble und Hartmut Zwahr (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart, Klett-Cotta, S. 31–61.

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) (Hrsg.) (2019): Verein-tes Land – drei Jahrzehnte nach dem Mauerfall, Halle (Saale).

Lindenberger, Thomas (2002): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Das Alltagsleben der DDR und sein Platz in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (online).

Lindner, Bernd (2019): Wir bleiben... das Volk! Lösungen und Begriffe der Friedlichen Revolution 1989. Erfurt, Landeszentrale für politische Bildung.

Lindner, Bernd (2003): »Bau auf, Freie Deutsche Jugend« – und was dann? Kriterien für ein Modell der Jugendgenerationen der DDR, in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert. München, Oldenbourg, S. 187–215.

Locke, Stefan (2000): Michael Kraskes »Der Riss«: Die Mär von den Baseballschlägerjahren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, (03.07.) (online).

Löhne in Ost und West: Die Lücke wird kleiner (2025) In: Böckler Impuls H. 16, S. 3.

Lohr, Karin (2025): Die ostdeutsche Sozialstruktur. In: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik H. 9 (250/51), S. 47–60, sowie online.

Lux, Anna; Brückner, Jonas (2025): Neon/Grau. 1989 und ostdeutsche Erfahrungsräume im Pop. Berlin, Verbrecher Verlag.

Die McDonald's Ausbildungsstudie 2019 (2019) von Renate Köcher, Klaus Hurrelmann und Michael Sommer, hrsg. von McDonald's Deutschland LLC, München.

Martens, Bernd (2020) Der Zug nach Westen – Jahrzehntelange Abwanderung, die allmählich nachlässt. In: Bundeszentrale für politische Bildung (online).

Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin, Suhrkamp.

Mau, Steffen (2019): Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft. Berlin, Suhrkamp.

Mau, Steffen; Lux, Thomas; Heide, Julian (2024): Ost- und Westdeutsche für immer? Zu Wahrnehmungen von Unterschieden und Konflikten zwischen Ost- und Westdeutschen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (76) H. 2, S. 1–23.

Martens, Bernd; Lungwitz, Ralph-Elmar (2012): Vom sozialistischen Leiter zum mittelständischen Unternehmer – Ostdeutsche Unternehmensleiter nach zwei Jahrzehnten der Transformation. In: Heinrich Best, Everhard Holtmann (Hrsg.): Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung. Frankfurt/M., New York. Campus, S. 104 –122.

Die Millionen, die gingen. Seit der Wende verließen Millionen Menschen den Osten und lösten eine demografische Krise aus. Erstmals zeigen Daten, was genau geschah – und warum es Hoffnung gibt: In: Die Zeit (2019) Nr. 19, S. 10 sowie online.

Mücke, Lutz (2021): 30 Jahre staatliche Einheit – 30 Jahre mediale Spaltung. Schreiben Medien die Teilung Deutschlands fest? Otto-Brenner-Stiftung, Bd. 45. Frankfurt/M.

Pfeiffer, Christian (1999): Anleitung zum Hass. In: Der Spiegel H. 12 (22.03.), S. 60–66.

Pickel, Susanne; Pickel, Gerd (2024) 30 Jahre Mauerfall – 30 Jahre Mauer in den Köpfen? Über die Stabilität unterschiedlicher politischer Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. In: regierungsforschung.de

Pickel, Gerd (2020): Kirchenbindung und Religiosität in Ost und West. In: Bundeszentrale für politische Bildung (online).

Pollack, Detlef (2020): Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute. Bielefeld, Transcript Verlag.

Reich, Jens (2000): Zehn Jahre deutsche Einheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (online).

Rink, Dieter (2004): Jugend- und Subkulturen in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft, in: Rainer Hufnagel und Titus Simon (Hrsg.): Problemfall Deutsche Einheit. Interdisziplinäre Betrachtungen zu gesamtdeutschen Fragestellungen, Wiesbaden, Verlag für Sozialwissenschaften, S. 313–325.

Ritter, Jürgen; Lapp, Peter Joachim (2006): Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk. 5., aktualisierte und erw. Aufl., Berlin, Ch. Links Verlag.

Rödder, Andreas (2009): Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München, C. H. Beck.

Rösel, Felix (2019): Die Wucht der deutschen Teilung wird völlig unterschätzt. In: ifo Dresden berichtet (online).

Roesler, Jörg (2016): Aufholen, ohne einzuholen! Ostdeutschlands rastloser Wettlauf 1965–2015. Ein ökonomischer Abriss. Berlin, edition berolina.

Roesler, Jörg (2006): Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe. Leipzig, Leipziger Universitätsverlag.

Roesler, Jörg (2003): Ostdeutsche Wirtschaft im Umbruch. 1970–2000. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Sachsen-Monitor 2023, hrsg. von der Sächsischen Staatsregierung, staatsregierung.sachsen.de (online)

Sachsen-Monitor 2018, hrsg. von der Sächsischen Staatsregierung, staatsregierung.sachsen.de (online)

Schneider, Jürgen (1998): Das Prinzip Misstrauen. Der Innenstaatssekretär Sachsen-Anhalts, Jürgen Schneider, über Hochmut, Neid und mangelndes Rechtsempfinden der Ostbürger. In: Der Spiegel H. 34, (17.08.) S. 47.

Schroeder, Wolfgang; Buhr, Daniel (2021): 30 Jahre Transformation und Vereinigung – Forschungsstand, gesellschaftliche Problemlagen, Gestaltungsperspektive. In: Judith C. Enders, Raj Kollmorgen und Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung, Frankfurt/New York, Campus Verlag, S. 77–158.

Schröter, Anja (2017) Unabhängige Frauen. Geschlechterverhältnisse und Ehegattenunterhalt in der ostdeutschen Scheidungspraxis 1980 bis 2000. In: Thomas Großbölting, Christoph Lorke (Hrsg.): Deutschland seit 1990. Wege in die Vereinigungsgesellschaft, Stuttgart, Franz Steiner Verlag, S. 295–312.

Schuhmann, Annette (2025): Wir sind anders! Wie die DDR Frauen bis heute prägt. Hamburg, Hoffmann und Campe.

Seibel, Wolfgang (2010): Die gescheiterte Wirtschaftsreform in der DDR 1989/1990. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (online).

Seiring, Kerstin (1995): Ostdeutsche Jugendliche fünf Jahre nach der Wiedervereinigung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, (online).

Sinn, Gerlinde; Sinn, Hans-Werner (1993): Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung. München, dtv.

SINUS (2019): Deutsche bewerten Mauerfall und Wiedervereinigung positiv – Große Ost-West-Unterschiede. (online).

So viel verdienen Menschen in ihrem Wohnort. (2025) Die Zeit (online).

Storks, Simon; Faus, Rainer; Faus, Jana (2023): Auf der Suche nach Halt. Die Nachwendegeneration in Krisenzeiten. OBS-Arbeitspapier 62. Frankfurt/M., Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/M.

Storks, Simon; Faus, Rainer (2019): Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten? OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration. Otto Brenner Stiftung, Frankfurt/M.

Thieme, Tom; Mannewitz, Tom (2021): Integration und Identität – Deutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. In: Judith C. Enders, Raj Kollmorgen und Ilko-Sascha Kowalczyk (Hrsg.): Deutschland ist eins: vieles. Bilanz und Perspektiven von Transformation und Vereinigung, Frankfurt, M., Campus, S. 159–251.

Thüringen-Monitor (2025) Marion Reiser, Anne Küppers, Jörg Hebenstreit, Lars Vogel, Pierre Zissel: Einstellungen zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2024. (online).

Tröger, Mandy (2019): Pressefrühling und Profit. Wie westdeutsche Verlage 1989/1990 den Osten eroberten. Köln, Herbert von Halem Verlag.

»Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2023« Friedrich-Ebert-Stiftung 2023 (online).

Wagner, Wolf (1999): Kulturschock Deutschland. Der zweite Blick. Hamburg, Rotbuch-Verlag.

Wellgraf, Stefan (2025): Staatsfeinde. Rechte Subkulturen in Ostdeutschland seit den 1970er Jahren. Berlin, Ch. Links Verlag.

Wenzel, Jan (2019): Das Jahr 1990 freilegen. Remontage der Zeit, Leipzig, Spector Books.

Weinhold, Johanna (2021): Die betrogene Generation. Der Kampf um die DDR-Zusatzrenten. Berlin, Ch. Links Verlag.

Wiegandt, Claus-Christian; Krajewski, Christian (2020): Einblicke in ländliche Räume in Deutschland – zwischen Prosperität und Peripherisierung, in: Claus-Christian Wiegandt und Christian Krajewski (Hrsg.): Land in Sicht Vielfalt ländlicher Räume in Deutschland: zwischen Prosperität und Peripherisierung, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung S. 12–31.

Wolfrum, Edgar (1999): Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

YouGov-Umfrage (2025): Ein Drittel der deutschen Bürgerinnen und Bürger sieht Ost-West-Unterschiede – Wahrnehmung in Ostdeutschland steigt. (online).

zweiteroktober90, Jena, o.J. (online).